Gesunde Städte

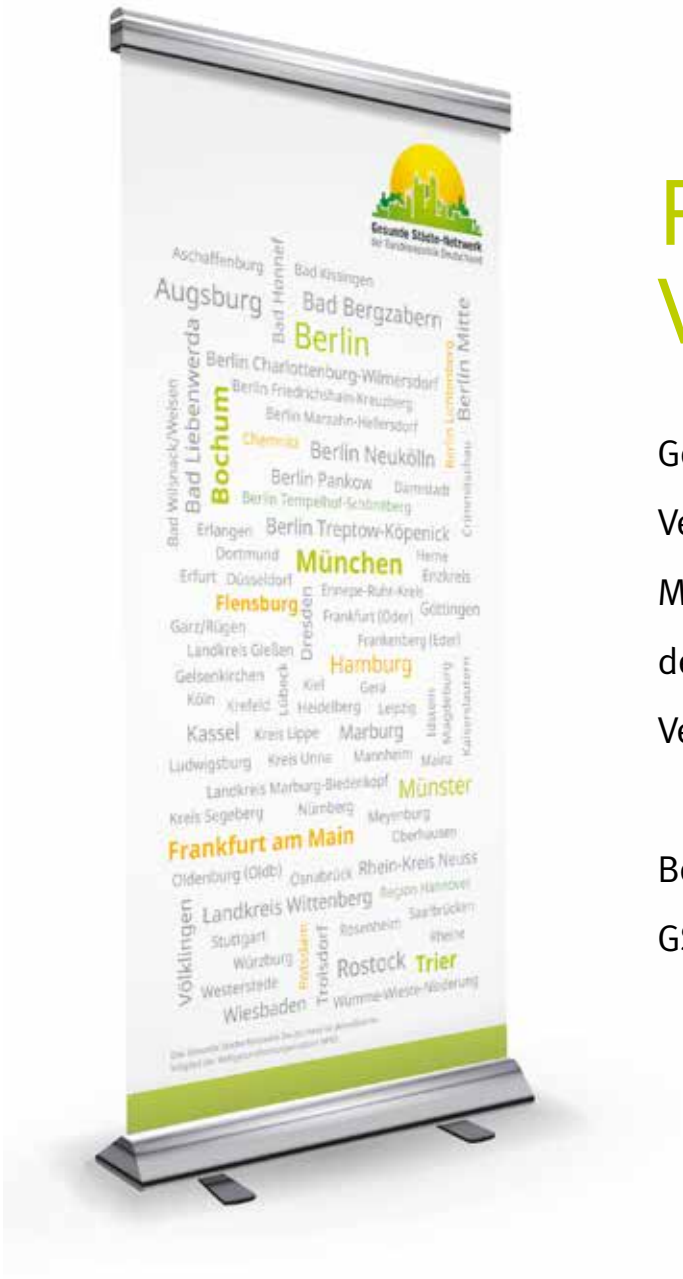
nachrichten

2018

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

#GemeinsamGerechtGesund

Soziale Teilhabe in der kommunalen Gesundheitsförderung



Für Ihre Veranstaltung!

Gerne stellen wir Ihnen für Ihre Veranstaltung ein Roll up mit allen Mitgliedsstädten (Stand Mai 2018) des Gesunde Städte-Netzwerks zur Verfügung (Leihobjekt).

Bei Interesse einfach im GSN-Sekretariat melden!

Impressum

Ausgabe Nr. 1 / Juni 2018

Anschrift Herausgeber und Redaktion
Gesunde Städte-Sekretariat
c/o Stadt Frankfurt am Main
- Der Magistrat -
Gesundheitsamt
Breite Gasse 28 · 60313 Frankfurt am Main

Gesunde Städte-Telefon: 069 212-37798
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de
www.gesunde-staedte-netzwerk.de
Twitter: Salutogenese @gesunde_staedte

Redaktion
Reiner Stock, Marion Wolf,
Dr. Hans Wolter (V.i.S.d.P.), Julia Lux (Assistenz)

Gestaltung und Konzeption
Kathrin Blumentritt, joost@blume-im-inter.net

Titelbild
© Jan Retlow

ISSN 2509-3045, 21. Jahrgang,
1. Auflage 3.500 Stück

Die Gesunde Städte-Nachrichten sind ein Forum des Informationsaustausches. Die Beiträge müssen daher nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers entsprechen.

Gender-Formulierung
Die Redaktion hat darauf verzichtet, in den Texten auf eine einheitliche Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen wie zum Beispiel „Autoren/innen“ zu achten. Wir möchten damit die bevorzugten Schreibweisen der unterschiedlichen Autorinnen und Autoren respektieren.

Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und der Autorinnen und Autoren.

Inhalt

Titel

4 **Editorial**

6 **Migrantische In-Gang-Setzer in Nürnberg am Start**

8 **Junge Selbsthilfe**
Was ist schon normal?
Ein (un-)gestörter Kulturabend im Kreis Unna

10 **Präventionsangebote im Lebensraum für Alleinerziehende**
Kassenübergreifendes Projekt in Kassel gestartet

12 **Schnellere Vermittlung von Menschen in sozialen Notlagen**
in der gesunden Kreisstadt Westerstede

14 **„Frühe Hilfen“**
Beteiligung vieler städtischer Akteure in Dortmund

16 **Gesund älter werden**
Der Beteiligungsprozess zum Aufbau einer integrierten Fachplanung für Senioren in Erfurt

18 **Aktive Kinderpartizipation**
Interaktive Ausstellung „ECHT STARK!“ in Berlin Pankow

20 **Gesunde Südstadt**
Kassenfinanzierte kommunale Gesundheitsförderung im Nürnberger Süden

22 **„Vernetzt gesund“**
Fachtag zur kommunalen Gesundheitsmoderation in Berlin

23 **Gesundheit inklusiv**
Praxistipps zur kommunalen Gesundheitskonferenz aus Heidelberg

Aus den Städten

24 **Haus der Gesundheitswirtschaft**
in Marzahn-Hellersdorf

25 **Bürger_Innen-Beteiligung Marburg**
Der Oberbürgermeister kümmert sich

26 **Public Health und Schulgesundheit**
in Münster

28 **Die Pflegeversorgung lokal sichern**
Technisch innovatives Quartiersprojekt in Wiesbaden

30 **Mit dem BaukastEN zur gesunden Kita**
Niederschwellige Primärprävention im Ennepe-Ruhr-Kreis

32 **Gesunde Städte-Nachrichten aus Kiel**
- Sozialbericht 2017
- Kieler Willkommensbuch
- Schwimmkampagne
- 25 Jahre Selbsthilfe-Kontaktstelle Kiel

34 **„Von Amts(-arzt) wegen“ – Informationen per E-Mail**
Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss setzt auf eigenen Newsletter

Aus dem Netzwerk

36 **Neues Kompetenzzentrum**
Leipzig bietet Unterstützung und Beratung für integrierte kommunale Strategien

38 **Gesundheit im Alter**
Kompetenzzentrum Köln zieht Bilanz

40 **Gesundheitskonferenzen**
Stadt Herne stellt Kompetenzzentrum neu auf

42 **Neu dabei im Gesunde Städte-Netzwerk**
- Universitätsstadt Marburg
- Landkreis Wittenberg
- Bad Bergzabern

45 **Gesunde Städte-Netzwerk**
Gute Gründe für Ihren Beitritt

Der Blick über den Tellerrand

47 **„Der Mensch ist, was er isst“ –**
für lokale Ernährungspolitik

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Gemeinsam. Gerecht. Gesund. – so hieß das Motto des Kongresses Armut und Gesundheit 2018. Es fasst in genialer Kürze die Grundwerte einer wirksamen Gesundheitsförderung zusammen: Handeln und Kommunizieren auf Augenhöhe, gesundheitliche Wirkungen von Politik und sozialen Verhältnissen in Rechnung stellen sowie Gesundheit schützen und fördern.

Die Kommunalpolitik hat damit zu kämpfen, dass außen-, wirtschafts-, bildungs- oder verkehrspolitische Maßnahmen in der Regel keiner gesundheitspolitischen Folgeabschätzung unterliegen, trotz ihrer unbezweifelbaren gesundheitlichen Wirkungen auf große Teile der Bevölkerung. Gleichzeitig ist die Kommunalpolitik die Handlungsebene, auf der den Akteuren politische Versäumnisse und soziale Ungleichgewichte zuerst wieder vor die Füße fallen. So sind die „Frühen Hilfen“ für junge Familien, Integrationsangebote für Migranten und „Soziale Stadt“-Projekte geplante Versuche, durch eine fachübergreifende (integrierende) Vorgehensweise eine auch gesundheitlich bedeutsame nachhaltige Entwicklung einzuleiten.

Darüber hinaus ist die Kommunalpolitik eindeutig die Politikebene, welche die alltägliche Begegnung mit den Menschen nicht nur am häufigsten generiert, sondern auch benötigt. Denn das Ziel ist kein All-inclusive-Angebot für die Daseinsvorsorge oder gar eine Bevormundung bei allen Lebensfragen, sondern vielmehr mündige Bürger*-innen, die Rahmenbedingungen vorfinden, um ihre alltägliche und familiäre Umgebung zu beeinflussen und zu gestalten.

In unserer Titelrubrik veranschaulichen die Beispiele aus den Gesunden Städten und Gemeinden, wie Gesundheitsförderung gemeinsam mit den Menschen im Alltag angegangen werden kann. In Nürnberg hat die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen sogenannte In-Gang-SetzerInnen geschult, die bei Menschen mit Migrationshintergrund für die Idee der Selbsthilfegruppen werben. Der Kreis Unna beschäftigt sich seit langem intensiv mit dem Thema Selbsthilfe und startete unter anderem den Versuch, über neue Formate junge Menschen auf den Nutzen von Selbsthilfegruppen aufmerksam zu machen. Die Lebenslage von Alleinerziehenden erscheint in vieler Hinsicht in unserer Gesellschaft als benachteiligt; Kassel hat deshalb Präventionsangebote

und Projekte zur Unterstützung von Alleinerziehenden gestartet. Interessant ist, dass dafür ein Ansatz gefunden wurde, der praktisch für viele Krankenkassen Neuland bedeutet.

In Westerstede, Kreisstadt des Landkreises Ammerland im Nordwesten Niedersachsens mit rund 23.000 Einwohnern, wird die reale Chance deutlich, mit ehrenamtlich tätigen Sozialpaten kommunale Hilfen für Menschen in sozialen Notlagen dauerhaft zu organisieren. In Dortmund, einer Stadt mit rund 600.000 Einwohnern, ist eine professionelle Planung verschiedener Dienste bei der Hilfestellung in sozialen Stresssituationen unverzichtbar. Gesundheitsamt, Jugendamt und freie Träger leisten eine gemeinsame Planung für „Frühe Hilfen“, einen Bereich, der aktuell wohl das wichtigste Beispiel für integriertes Handeln bundesweit ist. Wie beispielhaft ein Beteiligungsprozess zum Aufbau einer integrierten Fachplanung für Senioren gestaltet werden kann, wird von Erfurt dargestellt. Einen Zugangsweg zur aktiven Kinderpartizipation in der kommunalen Gesundheitsförderung auch bei schwierigen und schambesetzen Themen zeigt anschaulich das Beispiel aus dem Berliner Bezirksamt Pankow. Das Projekt „Gesunde Südstadt“ wird vom Bildungszentrum im Bildungscampus der Stadt Nürnberg umgesetzt und zeigt einen systematischen partizipativen Entwicklungsansatz in der Gesundheitsförderung für unterschiedlichste Zielgruppen auf. Heidelberg hat seine Kommunale Gesundheitskonferenz unter dem Motto: Mitreden! Mitentscheiden! Mitgestalten! mit neuen Impulsen versehen und berichtet über eine neue Arbeitsgruppe, welche sich mit der verbesserten Zugänglichkeit ins Gesundheitssystem für Menschen mit Behinderung beschäftigt.

Drei Kompetenzzentren des Gesunde Städte-Netzwerks stellen sich in dieser Ausgabe vor. Sie sind bereit, ihre Wissensressourcen mit anderen Städten zu teilen. Herne ist seit langem Kompetenzzentrum auf dem Feld der Kommunalen Gesundheitskonferenzen. In Herne wurde sie neu konzipiert und zur Kommunalen Präventions- und Gesundheitskonferenz (KPGK) fortentwickelt. Köln hat seit 2012 besondere kommunale Expertise beim Thema Gesund Altern zu bieten und ganz neu – seit 2018 – ist das Leipziger Kompetenzzentrum für integrierte kommunale Strategien.

Dem Netzwerk neu angeschlossen haben sich die Städte Bad Bergzabern und Marburg sowie der Kreis Wittenberg. Wir freuen uns, dass sie sich in diesem Heft erstmals vorstellen.

Ganz zum Schluss: Ein Blick über den Tellerrand im wahrsten Sinne des Wortes. Ernährungsinitiativen, jüngst in der Form sogenannter „Ernährungsräte“, entstehen in vielen Städten und Gemeinden, nicht nur in Mitgliedskommunen unseres Netzwerks. Wir werfen nur einen kurzen Blick darauf, glauben aber, dass diese Thematik uns weiter beschäftigen wird.

Wir wünschen Ihnen viele Anregungen für Ihre Arbeit in Ihrer gesunden Kommune und freuen uns auf Ihr Feedback.

Herzliche Grüße aus der Redaktion
im Gesunde Städte-Sekretariat
Reiner Stock, Marion Wolf und Hans Wolter

© Bild: Sekretariat Gesunde Städte-Sekretariat

v.l.n.r.: Reiner Stock, Marion Wolf und Dr. Hans Wolter

Am Start:

Migrantische In-Gang-Setzer in Nürnberg

Die ausgebildeten In-Gang-Setzerinnen vor der Selbsthilfekontaktstelle in Nürnberg, © Bild: Kiss Nürnberg-Fürth-Erlangen

Warum migrantische Selbsthilfe?

Während Selbsthilfegruppen überwiegend von Menschen mit deutschem soziokulturellem Hintergrund in Anspruch genommen werden, nutzen Menschen mit Migrationshintergrund diese eher weniger. Dabei spielen neben Informationsdefiziten sowie mangelnden Deutschkenntnissen auch Gefühle der Nicht-Akzeptanz eine wesentliche Rolle. Im kulturellen Unterschied existiert oft ein anderes Verständnis von Gesundheit und Krankheit sowie dem Umgang damit. Meist ist „Selbsthilfe“ im wahrsten Sinn ein Fremdwort und deren positive Wirkung unbekannt. In vielen Ländern gibt es keine Institutionen der Selbsthilfe im Bereich des Gesundheitswesens.

Aber: interkulturelle Selbsthilfe ist ein gesellschaftlich höchst relevantes Thema. Sie ist ein wichtiger Faktor zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von chronisch und schwer erkrankten Menschen. Ferner trägt sie zur besseren Bewältigung von Krisen und Belastungen bei, impliziert eine wichtige Sozialkomponente im gesellschaftlichen Alltag und muss deswegen eine Option für alle Menschen – unabhängig vom kulturellen Hintergrund – sein.

In einer „Einwanderungsgesellschaft“, als die sich die Bundesrepublik spätestens seit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Juli 2004 definiert, kommt Zugewanderten eine aktive und gestaltende Rolle im öffentlichen Leben zu. Diese Rolle kann sich auch auf kommunaler Ebene niederschlagen. Migrantische Selbsthilfegruppen befördern das Empowerment von Migranten und Migrantinnen im gesellschaftlichen Alltag vor Ort.

Schulung von Ehrenamtlichen

Eine Mitarbeiterin der Selbsthilfekontaktstelle Kiss Nürnberg-Fürth-Erlangen hat über einen längeren Zeitraum intensive Kontakte zu Beratungsstellen für MigrantInnen und migrantischen Selbstorgnisationen aufgebaut, um diesen die Idee der Selbsthilfe näher zu bringen. Denn von Anfang an war klar, dass nur Menschen mit Migrationshintergrund den Selbsthilfegedanken anderen Menschen im eigenen Kulturkreis näher bringen können.

Über den Erfolg dieser „Mission“ freuten wir uns sehr: 14 Teilnehmende meldeten sich für die Schulung zum/-r ehrenamtlichen migrantischen VermittlerIn an. Diese hat letztes Jahr in Nürnberg stattgefunden. Im Rahmen des bundesweiten Projekts „In-Gang-Setzer“ (weitere Informationen unter www.in-gang-setzer.de) erhielten die Teilnehmer eine Einführung in die bunte Vielfalt der Selbsthilfe, erlernten didaktisch-methodisches „Handwerkszeug“ für die Unterstützung bei Gruppengründungen und überlegten gemeinsam, welche Form(en) der Begleitung für migrantische Selbsthilfegruppen sinnvoll sein könnte(n). Dies führte zu vielen lebhaften Diskussionen, aus denen neue Ideen entstanden, die nun nach und nach umgesetzt werden. Unsere neuen migrantischen In-Gang-SetzerInnen decken ein breites Spektrum an Sprachen ab: Farsi, Arabisch, Türkisch, Kurdisch, Französisch, Rumänisch, Portugiesisch, Englisch und Italienisch – wenn das nicht Multikulti beinhaltet …

Der Anfang ist gemacht

Die In-Gang-SetzerInnen werden nun kontinuierlich von einer Mitarbeiterin der Kontaktstelle betreut und beraten. Des Weiteren hospitieren diese in bestehenden Selbsthilfegruppen, stehen Kiss bei Messen an den Infotischen oder bei Informationsveranstaltungen zur Seite und sind außerdem dazu bereit, bei Beratungsgesprächen zu dolmetschen. Die ersten, muttersprachlich nicht Deutsch sprechenden Gruppengründungen sind in Planung – ein wichtiger Schritt in die kultursensible Öffnung der Selbsthilfe. Die Erweiterung der Gruppenangebote darf also mit Spannung erwartet werden! ■

Kontakt
Elisabeth Benzing
Kiss Nürnberg-Fürth-Erlangen
benzing@kiss-mfr.de

Bild o. l.: Veranstaltungsteilnehmer, Bild o. r.: Chor Lichtblick, Bild unten: Tobi Katze, © Bilder: Ingo Rous, © Hintergrundbild: Michaela Völkl, pixelio.de

Junge Selbsthilfe im Kreis Unna:

Was ist schon normal?

Ein (un-)gestörter Kulturabend moderiert von Tobi Katze

Der Kreis Unna, Gründungsmitglied im Gesunde Städte-Netzwerk 1989, ist Träger einer Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen. An drei Standorten im Kreisgebiet werden Fragen rund um die Selbsthilfeförderung beantwortet. Aufgrund des im Januar 2016 in Kraft getretenen Präventionsgesetzes konnte eine weitere Fachkraftstelle mit halbem Stundenumfang eingerichtet werden, die sich thematisch mit dem Themenfeld „Junge Selbsthilfe“ beschäftigt.

Da die ersten Initiierungen von Selbsthilfegruppen für junge Menschen die Krankheitsbilder Depressionen, Ängste und soziale Phobien betrafen, entwickelte sich die Idee, die Themen „Psychische Erkrankungen“ und „Selbsthilfe“ in die Öffentlichkeit zu rücken. Ein niedrigschwelliges Angebot für alle Altersgruppen sollte geboten werden. Das Thema „Psychische Erkrankungen im Alltag“, so der konzeptionelle Gedanke, kann enttabuisiert werden.

Die Erfahrungen in der „Jungen Selbsthilfe“ machten schnell deutlich, dass

- Selbsthilfe für junge Menschen, neben den klassischen Wegen der Ansprache und Werbung, neue Ansprachemodelle wie die Ankündigung von Veranstaltungen durch Videos und Facebook-Posts benötigt;
- „junge“ Gruppen, gegenüber der „klassischen Selbsthilfe“, in der Startphase intensiv begleitet werden müssen und langfristig immer wieder Unterstützungsbedarf haben;
- die Gruppendynamik anderen Rahmenbedingungen unterliegt als in der „klassischen Selbsthilfe“; das bezieht sich vor allem auf Fluktuation, Verbindlichkeit und Verantwortung in und für Gruppen;
- „Junge Selbsthilfe“ und „klassische Selbsthilfe“ nicht konkurrieren dürfen, sondern beide unterschiedliche Potenziale haben und zusammen gestärkt werden müssen.

Es wurde ein Veranstaltungsformat entwickelt, das bewusst auf die üblichen Infostände und Vorträge mit Diskussionen verzichtet. Betroffene wurden als Akteure beteiligt. Tobi Katze, ein Poetry Slammer, der selber an Depressionen erkrankt ist, schaffte mit seiner sensiblen Moderation sowohl unter den Akteuren als auch im Publikum eine Atmosphäre der Offenheit und der Wertschätzung. Die Veranstaltung stellte die Thematik „Psychische Erkrankungen“ in den Fokus, verwirklichte Alt und Jung anzusprechen und blieb dem Selbsthilfe-Prinzip „von Betroffenen für Betroffene“ treu. Viele Impulse des Abends wurden nach der Veranstaltung in den einzelnen Selbsthilfegruppen aufgegriffen.

Die Aktivitäten zum Themenfeld „Junge Selbsthilfe“ werden von der K.I.S.S. des Kreises Unna weiter ausgebaut. Dies betrifft sowohl Methoden zur Ansprache, als auch die Erreichbarkeit der Zielgruppe. Konkret sind die Etablierung eines Stammtisches und der Aufbau einer Selbsthilfe App zu nennen. ■

Kontakt
Simone Saarbeck
Kreis Unna | Kontakt- und InformationsStelle
für Selbsthilfegruppen
simone.saarbeck@kreis-unna.de
www.kreis-unna.de/selbsthilfe

Präventionsangebote und Unterstützung im Lebensraum für Alleinerziehende

Kassenübergreifendes Projekt in Kassel gestartet

Das Pilotprojekt wird gemeinsam von der Stadt Kassel und dem Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) durchgeführt. Dem Verband gehören in Hessen als Mitgliedskassen die Techniker Krankenkasse (TK), BARMER, DAK-Gesundheit, Kaufmännische Krankenkasse – KKH, Handelskrankenkasse (hkk) und die HEK – Hanseatische Krankenkasse an. Bemerkenswert, dass damit das erste gemeinsame Projekt verschiedener Ersatzkassen zur Umsetzung des Präventionsgesetzes in der Lebenswelt Kommune in Hessen startet.

In Kassel sind 25,4 % der Haushalte mit Kindern Haushalte von Alleinerziehenden.

Laut Statistikstelle der Stadt Kassel sind es dabei zu fast 90 % Frauen, die in den Ein-Elternfamilien die Verantwortung tragen.

In Kassel beträgt der Anteil der Alleinerziehenden, die ganz oder ergänzend auf SGB II angewiesen sind, fast 40 %.

Nach sich selbst zu schauen ist Alleinerziehenden oft kaum möglich. Im Alltag kommt es darauf an, zwischen den Bedürfnissen der Kinder und den ökonomischen Notwendigkeiten einen Ausgleich zu schaffen Die hohen Anforderungen führen zu erhöhten psychosozialen und gesundheitlichen Risiken. Die Landesrahmenvereinbarung in Hessen im Gefolge des „Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention“ hat deshalb auch explizit Alleinerziehende als eine besonders zu fördernde Bevölkerungsgruppe benannt.

Differenziertes Vorgehen in den Lebenswelten

Wie wird dieses Ziel nun in Kassel verfolgt? Kernstück des Pilotprojekts ist ein Angebot speziell für alleinerziehende Mütter und Väter. In zwei Kasseler Familienzentren wird das Programm „wir2“ der Walter Blüchert Stiftung angeboten. Hier sollen Probleme und Belastungen angesprochen, sowie Strategien und Techniken erlernt werden, um belastende Lebens- und Alltagssituationen besser bewältigen zu können.

Im Pilotprojekt wurden zwei Teams, jeweils bestehend aus einer Sozialpädagogin und einem Sozialpädagogen, zu „wir2“-Trainerinnen fortgebildet. Ab Frühjahr werden die Kurse, die aus 20 jeweils anderthalbstündigen Einheiten bestehen, durchgeführt. Durch die Anbindung an die Familienzentren ist sichergestellt, dass es einen gut erreichbaren Ort gibt, an dem sich Netzwerke der Alleinerziehenden untereinander, die eventuell aus den Kursen hervorgehen, verankern können. Die Familienzentren können über das Pilotprojekt einen noch besseren Zugang zur Zielgruppe gewinnen und ihr Angebot erweitern.

Ein weiteres Teilprojekt ist der Aufbau eines lokalen Netzwerks zur Ermittlung von Bedarfen und der Entwicklung

von passgenauen Angeboten und Informationsmaterialien für die Familien. Während aus den Erfordernissen des Programms heraus beim „wir2“-Kurs das Alter der Kinder in den Familien zwischen 3 und 10 Jahren liegen sollte, beschäftigt sich das Netzwerk mit den Bedarfen aller Ein-Eltern-Familien.

In den letzten Jahren sind in Kassel neue Strukturen entstanden. Es gibt sieben Familienzentren und es bestehen drei Familiennetze, die von der Stadt koordiniert werden. Auch die Frühen Hilfen, das Gesundheitsamt und das Bündnis für Familien sind im Netzwerk vertreten. Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) sind beteiligt. Der vdek gehört ebenfalls zum Netzwerk. Die Förderung solcher Projekte ist für die Krankenkassen neu und von hohem Interesse.

Die BCA des Jobcenters der Stadt Kassel sind verantwortlich für das dritte Teilprojekt, in dem Maßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung in die Abeitswelt oder Ausbildung und bedarfsorientierte Unterstützungsangebote für die Kinderbetreuung in Randzeiten angeboten werden.

Gesundheitsfördernde kommunale Strukturen ausbauen

Die Dichte der Strukturen zeigt, dass es viele unterstützende Angebote für Familien in Kassel gibt. Die Frage ist: Kommen sie bei den Familien an, die sie brauchen? Wie können wir gute Anknüpfungspunkte für Familien bieten, auch für die Alleinerziehenden, die so im Stress sind, dass sie kaum nach rechts und links schauen können? Wer kann auf Dauer aufmerksam sein für die Situation der Alleinerziehenden und kann an die richtigen Stellen verweisen? Das werden die Themen der Netzwerkarbeit sein. Die hier gewonnenen Erkenntnisse fließen in die familienunterstützenden Maßnahmen der Stadt insgesamt ein. Bei positivem Verlauf des Pilotprojekts ist geplant, dass „wir2“-Programm als wichtigen Baustein zur gesundheitlichen Prävention für Alleinerziehende fortlaufend in mehreren Familienzentren anzubieten. ■

Kontakt

Dr. Ute Giebhardt,
Frauenbüro der Stadt Kassel,
ute.giebhardt@kassel.de

© Bild: h_lunke, stock.adobe.com

Gesunde Kreisstadt Westerstede

Schnellere Vermittlung von Menschen in sozialen Notlagen

In der Apothekervilla, dem Gesundheitshaus in Westerstede, besteht seit 2012 ein vielfältiges Hilfsangebot für Menschen in sozialen Notlagen. Wurden die unterschiedlichen Hilfeleistungen bisher getrennt behandelt und vermittelt, sollen die Angebote jetzt durch eine zentrale Telefonnummer gebündelt und geeignete Hilfsangebote schneller gefunden werden.

„Dadurch entfallen zwar die wöchentlichen Sprechstunden der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Apothekervilla, aber wenn hier jetzt jemand anruft oder vorbeikommt, können wir in kurzen Gesprächen schnell herausfinden, welches Hilfsangebot am besten geeignet ist“, so Günter Teusner, Leiter der Apothekervilla.

Hilfesuchende können sich auf der einen Seite an ehrenamtliche Sozialpaten wenden. Diese unterstützen bei sozialen sowie finanziellen Problemen und geben Hinweise zum vorhandenen sozialen Netz. Darüber hinaus suchen sie auch das Gespräch mit den Fachberatungsstellen, füllen Anträge aus und helfen beim Umgang mit Behörden und anderen Stellen. Benötigen betroffene Personen zudem Unterstützung bei der Planung ihrer Finanzen (Einteilung, Einsparung), stehen die Sozialpaten helfend zur Seite und bereiten – wenn nötig – den Gang zur Schuldnerberatung vor. Andere soziale Fragestellungen werden ebenso von diesen betreut. Ein besonderes Angebot der Sozialpaten ist die Bewerbungshilfe. Alle Ratsuchenden, die unsicher beim Schreiben von Bewerbungen um einen Arbeitsplatz sind, erhalten fachkundige Unterstützung bis hin zum Ausdruck der Bewerbungsunterlagen.

Auf der anderen Seite gibt es Familienpaten, deren Aufgabenspektrum sehr vielfältig ist. Familienpaten geben praktische Tipps zur Bewältigung des Alltags, unterstützen Kinder und Eltern bei den schulischen Erfordernissen,

Hilfe in allen sozialen und familiären Notlagen bekommen Ratsuchende bei den Familien- und Sozialpaten in der Apothekervilla.
© Bild: Stadt Westerstede

vermitteln pädagogische Förderangebote oder freizeitpädagogische Angebote und vieles mehr.

„Wir können durch die Vernetzung jetzt viel schneller reagieren und so Hilfesuchenden schon in 1 bis 2 Tagen unsere Unterstützung anbieten.“,

so Andreas Levien, einer der Sozialpaten der ersten Stunde. „Auch eine gegenseitige Unterstützung bei bestimmten Fragestellungen ist jetzt leicht möglich“, ergänzt die Familienpatin Elke Lübbers.

Ratsuchende können sich telefonisch an die Nummer 04488/55710 oder apothekervilla@westerstede.de wenden oder sich persönlich in der Apothekervilla, Gaststraße 2 in Westerstede melden. Jede Hilfe ist kostenlos und wird streng vertraulich behandelt.

Westerstede ist die Kreisstadt des Landkreises Ammerland im Nordwesten Niedersachsens, nennt sich auch „Gesundheitsstadt im Grünen“ und ist seit 2008 Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk. ■

Kontakt
apothekervilla@westerstede.de

Bild: © Jane Gaydarova, adobe.stock.com

RHODO 2018

Blühendes Wunder in Westerstede

Studierende der Hochschule Osnabrück präsentierten Ergebnisse aus dem Wettbewerbs-Projekt „Studentengärten für die RHODO 2018“.

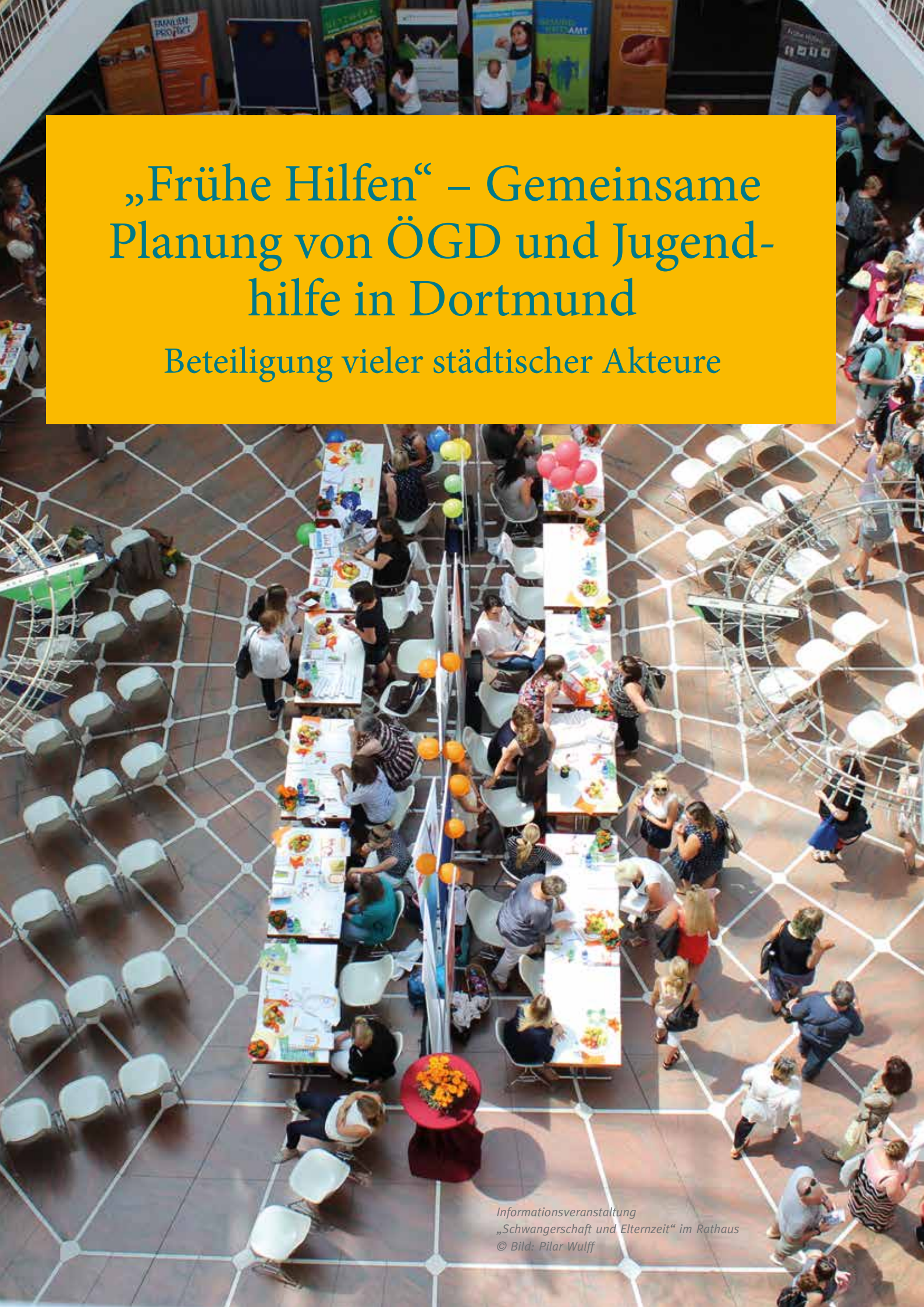
RHODO 2018 hieß die diesjährige Rhododendronschau von Westerstede, die größte in Europa.

www.rhodo.de

© Bild: Stadt Westerstede

„Frühe Hilfen“ – Gemeinsame Planung von ÖGD und Jugendhilfe in Dortmund

Beteiligung vieler städtischer Akteure



Informationsveranstaltung „Schwangerschaft und Elternzeit“ im Rathaus
© Bild: Pilar Wulff

Im Netzwerk „Frühe Hilfen“ arbeiten in Dortmund Gesundheitsamt, Jugendamt und freie Träger zusammen. Die Besonderheit des Netzwerkes ist geprägt durch eine gemeinsame Geschäftsführung von Jugendamt, Gesundheitsamt, Klinikum Dortmund, Kinderschutzbund und Bildungsstätte.

Die Zusammenarbeit lässt sich am Beispiel der Maßnahme „Werdende Eltern – informiert von Anfang an“ sehr gut verdeutlichen. Generelles Ziel des Projektes war und ist es, den niederschwelligen Zugang zu Hebammenleistungen – insbesondere für Familien in besonderen Lebenslagen – zu fördern:
In einem ersten Schritt wurden die freiberuflichen Hebammen aktiv in das Netzwerk „Frühe Hilfen“ eingebunden. In halbjährlichen, kostenlosen Fortbildungen lernten sie die Akteure der Frühen Hilfen und ihre Angebote kennen. Eine freiberufliche Hebamme wurde als Vertreterin in das Netzwerk „Frühe Hilfen“ gewählt. Gemeinsam mit den freiberuflichen Hebammen wurden sozialräumliche Angebote für (werdende) Eltern, wie Babymassagekurse, Gymnastikkurse nach der Geburt und Familienhebammen-Sprechstunden entwickelt. Die Umsetzung erfolgt z. B. in Kindertageseinrichtungen und gynäkologischen sowie pädiatrischen Arztpraxen. Seit 2017 werden die freiberuflichen Hebammen im Rahmen von Elterncafés und Familien-Info-Points in Familienzentren eingesetzt. Das wohnortnahe Informationsangebot für Familien mit Kindern von 0-3 Jahren dient als Ankerstandort für die Förder- und Bildungskette und ist Drehscheibe für präventive und gesundheitsförderliche Angebote und Maßnahmen.

Hebammen-Hotline und Familien-Sprechstunde im Gesundheitsamt

Auf Wunsch der Hebammen wurde bereits 2012 im Gesundheitsamt eine telefonische Hebammen-Hotline eingerichtet. Eine Hebamme informiert, berät und hilft bei der Vermittlung von Hebammen. Bei insgesamt 523 Anrufen suchten im letzten Jahr 429 Frauen eine Hebamme. 160 Frauen konnte keine Hebamme vermittelt werden. Das Gesundheitsamt hat 2017 deshalb eine zentrale Familiensprechstunde eingerichtet, in der wöchentlich bis zu sechs Frauen durch eine freiberufliche Hebamme betreut werden können.

An der jährlich stattfindenden Veranstaltung „Schwangerschaft und Elternzeit“ stehen an etwa 40 Infoständen zahlreiche Fachkräfte für die Fragen der (werdenden) Eltern zur Verfügung. Diese erhalten einen Einblick in die verschiedenen Unterstützungsangebote und können sich bei Bedarf direkt an Ansprechpartner wenden.

Hebammen-NOTFALL-Telefon-Bereitschaft

Die „Hebammen-NOTFALL-Telefon-Bereitschaft“ ist seit 2016 ein Angebot für Dortmunder Kliniken. Wird eine erkennbar überforderte Mutter mit ihrem Neugeborenen kurzfristig an einem Wochenende oder einem Feiertag aus einer Klinik entlassen, haben die Klinik-Fachkräfte die Möglichkeit, eine Hebamme zu erreichen. Diese kann der Mutter eine „notfallmäßige“ Wochenbettbetreuung anbieten. Vor Beginn des Angebotes wurden die Fachkräfte der Dortmunder Geburtskliniken zum Umgang bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung geschult.

Aktion „Stillen? Hier gerne!“

In vielen Cafés und Restaurants ist Stillen untersagt. Mit der Aktion „Stillen? Hier gerne!“ soll die Akzeptanz des Stillens in der Öffentlichkeit erhöht und über gesundheitliche Vorteile des Stillens aufklärt werden. Verschiedene Einrichtungen und Gastronomiebetriebe, welche einen ruhigen Platz zum Stillen und eine Wickelmöglichkeit haben, werden im Rahmen der Aktion als stillfreundliche Einrichtung ausgezeichnet. Erkennbar sind jene Einrichtungen an einem entsprechenden Sticker am Eingang.

Ausführliche Informationen über
„Werdende Eltern – informiert von Anfang an“
unter www.WerdendeEltern.dortmund.de. ■

Kontakt

Uta Nagel, Gesundheitsamt, Koordinationsstelle im Gesundheitsbereich, Geschäftsführung der Maßnahme „Werdende Eltern – informiert von Anfang an“
unagel@stadtdo.de

Pilar Wulff, Jugendamt, Koordination Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de

Gesund älter werden in Erfurt

Senioren als Experten in eigener Sache – der Beteiligungsprozess zum Aufbau einer integrierten Fachplanung für Senioren

Die Landeshauptstadt Erfurt ist seit 1991 Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk. Da der demographische Wandel die Stadt Erfurt vor große Herausforderungen stellt, ist ein Schwerpunkt der hiesigen Gesunde Städte-Arbeit die Seniorengesundheit. Erfurt hat sich zum Ziel gesetzt, den Bürgern ein selbstbestimmtes und gesundes Leben im Alter zu ermöglichen.

Als strategische Grundlage wird von der Stabsstelle „Integrierte Planung“ im Amt für Soziales und Gesundheit eine integrierte Seniorenberichterstattung mit umfassenden Beteiligungsstrukturen aufgebaut, um eine Fachplanung „Seniorenarbeit/Altenhilfe“ zu etablieren. Die Beteiligungsstruktur besteht aus mehreren Bausteinen:

Gründung der bereichsübergreifenden AG „Zukunftsfähiges Altern in Erfurt“

Zur fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit Vertretern aus verschiedenen Ämtern, dem Seniorenbeirat und dem Seniorenbeauftragten gegründet.

Bürgerbefragung 55plus – Älter werden in Erfurt

Im Jahr 2017 führte das Amt für Soziales und Gesundheit die schriftliche, repräsentative Haushaltsbefragung „Bürgerbefragung 55plus – Älter werden in Erfurt“ durch. Folgende Themen standen dabei im Fokus: Gesundheitszustand der Bürger, Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen, Wohlbefinden, Bewegungs- und Freizeitverhalten, Mobilität, Pflege, Wohnen, Ehrenamt, Vereinsmitgliedschaften, Übergang in den Ruhestand, Sicherheitsempfinden, Leben im Quartier, finanzielle Situation, familiärer Status und das Wissen um Angebote zum Älterwerden in der Stadt. Die Befragungsergebnisse leisten einen wichtigen Beitrag für eine bessere Datengrundlage zu den Lebenslagen von Senioren sowie zu ihren Einstellungen und Bedürfnissen im Alter.

Bürgerbeteiligungsreihe „Senioren als Experten in eigener Sache“

Auf die Befragung folgten – unter dem Titel „Senioren als Experten in eigener Sache“ – zehn Bürgerbeteiligungsveranstaltungen in den verschiedenen Erfurter Sozialräumen. Dabei wurden die wichtigsten Ergebnisse aus der Befragung vorgestellt. Im Anschluss fand gemeinsam mit den Bürgern eine Stärken-Schwächen-Analyse für jeden Sozialraum statt. Die Veranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat, den städtischen Seniorenbegegnungsstätten und weiteren Partnern durchgeführt.

Akteursforum „Älter werden in Erfurt“

Als weiterer Baustein ist das Akteursforum „Älter werden in Erfurt“ zu nennen. Hierzu wurden Institutionen, freie Träger, Ämter der Stadtverwaltung, Vereine und Verbände aus der Seniorenarbeit, dem Gesundheitswesen und weiterer Bereiche (z. B. Wohnungswirtschaft) eingeladen, um ihre Expertise zu dem Thema mit einzubringen. In sechs verschiedenen Workshops wurden Bedarfe definiert und die Rollen der Stadtverwaltung und der Institutionen herausgearbeitet.

Mit folgenden Themen beschäftigten sich die Beteiligten in den Workshops:

- Wohnen / Wohnumfeld / Quartiersentwicklung
- Pflege / Gesundheit / Prävention
- Soziale Teilhabe
- Engagement und Nachbarschaftshilfe
- Kooperation / Vernetzung / kommunale Strukturen
- Beratung / Information / Öffentlichkeitsarbeit

Befragung der Ortsteilbürgermeister und -räte

Zur Einschätzung der Situation in den ländlich geprägten Stadtteilen und zur Erfassung konkreter Handlungsbedarfe wurde eine schriftliche Befragung bei den Erfurter Ortsteilbürgermeistern und -räten durchgeführt.

Fachgespräch „Im Dialog mit den Stadtratsfraktionen“

Im Rahmen eines Fachgesprächs mit Vertretern der Stadtratsfraktionen sind zur frühzeitigen Beteiligung der Politik prioritäre Handlungsfelder und Maßnahmen gemeinsam abgeleitet worden.

Seniorenbericht 2017

Die Ergebnisse aus diesen verschiedenen (Bürger-) Beteiligungsschritten werden gemeinsam mit einem Maßnahmenplan und seniorenpolitischen Leitlinien in den Seniorenbericht einfließen. Dieser dient letztendlich als Planungsgrundlage, um kommunale Strukturen sowie gesundheitliche und soziale Versorgungsangebote bedarfsgerecht anzupassen. ■

Olga Freier und Dr. Franziska Alff

Kontakt
Olga Freier
Sozialplanung
Amt für Soziales und Gesundheit der
Stadtverwaltung Erfurt
Stabsstelle Integrierte Planung
olga.freier@erfurt.de

Dr. Franziska Alff
Gesundheitsberichterstattung/-planung
Amt für Soziales und Gesundheit der
Stadtverwaltung Erfurt
Stabsstelle Integrierte Planung
gbe@erfurt.de

© Bild: Pixelrohkost, stock.adobe.com

Interaktive Ausstellung „ECHT STARK!“ in Berlin Pankow

Aktive Kinderpartizipation, integriertes Handeln und Inklusion in der kommunalen Gesundheitsförderung

Die interaktive Ausstellung der Fachstelle zur Prävention von sexuellem Missbrauch Strohhalm e.V. ist eine Ausstellung zum Ausprobieren, Miteinander sprechen, zum Nein-Sagen-Üben, zum Nachdenken, zum Lernen, zum Sicherheit-Bekommen für Schulkinder der 1. bis 5. Klassen. Sie stärkt die Gesundheitskompetenz von Kindern und bietet angehenden Erzieher*innen ein gutes Praxis-Lernfeld.

Mit der Wanderausstellung zur Prävention von sexuellem Missbrauch „ECHT STARK!“ arbeiten Expert*innen des Kooperationsbündnisses Pankow 2018 bereits zum wiederholten Mal gemeinsam gewaltpräventiv. Zum bezirklichen Kooperationsbündnis gehören federführend die Stiftung SPI und das SIBUZ (Schulpsychologie) sowie ferner die Polizeidirektion 1, die Schulaufsicht, das Jugendamt, der Fachbereich Gesundheitsförderung im Bezirksamt Pankow und die Erzieher*innen-Schule des SPI. Die Schirmherrschaft für „ECHT STARK!“ haben 2018 der Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Facility Management und Gesundheit, Herr Dr. Kühne, die Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaftsförderung und Soziales, Frau Tietje, sowie Frau Füllgraf, Referatsleiterin der Regionalen Schulaufsicht Pankow, übernommen.

Foto der Ausstellungseröffnung: v.l.n.r. Heike Bolt (Stiftung SPI), Frau Maschke (Polizeidir. 1), Anja Bederke und Carola Goen (Fachbereich Gesundheitsförderung), Susanne Füllgraf (Regionale Schulaufsicht), Bezirksstadtrat Dr. Kühne, Friedrich Kampmann (SIBUZ), © Bild: Chrissi Lopinski

Das zentrale Thema der Ausstellung sind Antworten auf die Frage: „Wie können wir Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen?“ Dabei handelt es sich um eine reale Gefahr, denn statistisch ist jedes 5. Mädchen und jeder 8. bis 10. Junge von sexuellem Missbrauch betroffen. Kinder im Grundschulalter sind dabei am meisten gefährdet. Aber wir wissen auch: Die Teilnahme an Präventionsprogrammen mindert das Risiko, Opfer von sexuellem Missbrauch zu werden, um die Hälfte.

„ECHT STARK!“ bietet den teilnehmenden Schulklassen die Möglichkeit, sich interaktiv mit Präventionsthemen zu befassen. Die Ausstellung stärkt Kinder und zeigt verschiedene Handlungsmöglichkeiten auf. Während des 1,5-stündigen Rundgangs können sich die Schüler*innen an sechs Stationen weitgehend selbstständig mit den Themen Körper, Gefühl, Berührungen, Nein-Sagen, Geheimnisse und Hilfe-Holen spielerisch auseinandersetzen. Darüber hinaus bearbeiten sie eigenständig ein Ausstellungs-Quiz.

Zentrale Präventionsbotschaften des Konzeptes von Strohhalm e.V. sind:

- Mein Körper gehört mir!
- Ich vertraue meinem Gefühl!
- Ich unterscheide gute und schlechte Geheimnisse!
- Ich darf Nein sagen!
- Ich habe ein Recht auf Hilfe!
- Kinder haben keine Schuld!

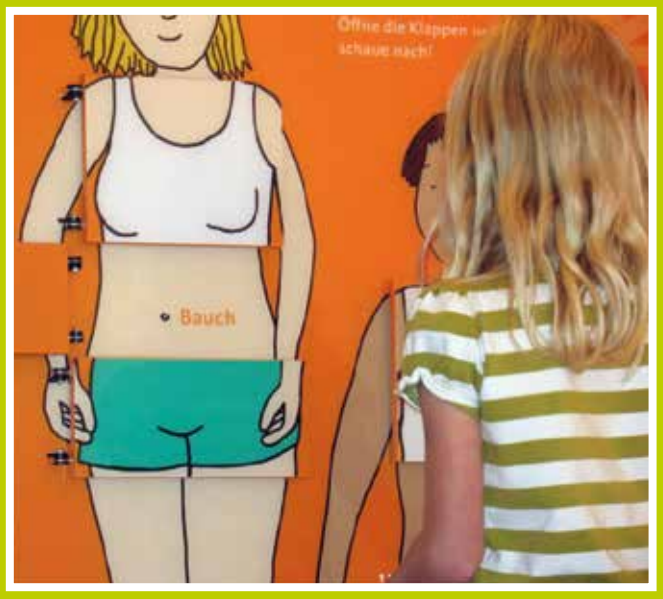
Den Abschluss des Ausstellungsbesuches bildet ein gemeinsames Gespräch, welches später in der Schule ausgewertet wird. Begleitet werden die Kinder während der Ausstellung von geschulten Mitarbeiter*innen des Kooperationsbündnisses Pankow sowie angehenden Erzieher*innen der Schule SPI.

2018 haben rund 40 Grundschulklassen aus Pankow aktiv an der Ausstellung teilgenommen. Darüber hinaus fanden Veranstaltungen für Lehrkräfte und Pädagog*innen der Schulen statt. Ein großer Familiensamstag ermöglichte zudem den gemeinsamen Besuch für Eltern und Kinder. ■

Kontakt

Anja Bederke
Koordinatorin für Gesundheitsförderung
Bezirksamt Berlin-Pankow
anja.bederke@ba-pankow.berlin.de

Ausstellung Foto 2: der leichte Freuden- und der schwere Sorgenmantel © Bild: Strohhalm e.V.



Ausstellung Foto 1: interaktive Ausstellungstafel © Bild: Strohhalm e.V.

© Bild: Bildungszentrum Stadt Nürnberg, Dagmar Britting

Gesunde Südstadt

Kommunale Gesundheitsförderung im Nürnberger Süden

Seit Mai 2016 setzt das Bildungszentrum der Stadt Nürnberg das Projekt Gesunde Südstadt um – ein Projekt zur Prävention und Gesundheitsförderung im Setting Kommune. Die Koordinierung des Projektes erfolgt im südpunkt, einem lebendigen Zentrum für Bildung und Kultur mitten in der Südstadt.

Bei der Betrachtung relevanter Daten (z. B. Bildungsstatus, Haushaltsnetto-Einkommen, Migrationshintergrund) weist die Südstadt einen besonderen Bedarf für soziallagenbezogene Gesundheitsförderung auf. Im Fokus des Projektes stehen somit Menschen in schwierigen sozialen Lagen, die schlechtere Gesundheitschancen aufweisen und von Prävention und Gesundheitsförderung häufig nicht oder zu wenig erreicht werden. Ziel des Projektes ist es, mit Hilfe eines partizipativen und niedrigschwelligen Ansatzes, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern bedarfsgerechte Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung für die Südstadt zu entwickeln und zu etablieren. Bisher widmete sich das Projekt prioritär Kindern und Jugendlichen sowie ihren

Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Älteren sowie Arbeitslosen aus der Südstadt.

Zu Beginn des Projektes wurde eine Bestandsanalyse zu Infrastruktur, Bevölkerungsstruktur und gesundheitsrelevanten Angeboten und Akteuren im Projektbezirk sowie möglichen Kooperationspartnern, durchgeführt. Es konnten recht zügig erste Maßnahmen für projektrelevante Zielgruppen, auch mit Kooperationspartnern, initiiert und umgesetzt werden. Die Erfassung des subjektiven Bedarfs erfolgt fortlaufend partizipativ in Zusammenarbeit mit den Zielgruppen.

Anschließend erfolgte der Aufbau von Strukturen und die Anbindung an Akteure im Projektbezirk. Die Nutzung vorhandener Strukturen und Angebote sowie die Kooperation mit den Akteuren vor Ort sind wichtige Bestandteile des Projektes. So baut der Zugang zu Zielgruppen zum einen auf kooperierenden Einrichtungen und Netzwerken im Projektbezirk auf (z. B. Arbeiterwohlfahrt). Zum anderen dient der südpunkt selbst als etablierte Anlaufstelle für viele projektrelevante Zielgruppen (z. B. Teilnehmende aus Sprach- oder Integrationskursen).

In der ersten Projektphase bis Frühjahr 2018 stand die Förderung von Gesundheitsressourcen der Bevölkerung im Fokus (Verhaltensprävention). Neben der Verbesserung des individuellen Ernährungsverhaltens und der Steigerung der (Alltags-)Bewegung gehörten auch Kenntnisse über Entspannungs- und Stressbewältigungsmethoden zu den Zielen des Projekts. Daneben waren noch weitere gesundheitsrelevante Ressourcen wie beispielsweise „soziale Unterstützung“ von Bedeutung. In der zweiten Projektphase wird der Fokus stärker auf der gesundheitsförderlichen Ausgestaltung des Projektbezirkes und des südpunkts (Verhältnisprävention) liegen. Insbesondere die Bewegung im öffentlichen Raum soll durch die Belebung vorhandener Grün- und Freiflächen gefördert werden. Daneben wird die Verpflegungssituation in Kindertagesstätten und Schulen betrachtet und bei Bedarf soll Unterstützung zur gesundheitsgerechten Optimierung geleistet werden. Ein weiterer Baustein ist das Thema Gesundheitskompetenz. Hierzu soll mit Hilfe verhältnispräventiver Angebote eine Verbesserung auf der individuellen Verhaltensebene erzielt werden.

Seit Ende 2017 wird über ein gemeinsames Forschungsprojekt zwischen Hochschule Coburg und Fachhochschule für Oekonomie und Management (FOM) Nürnberg die Gesunde Südstadt evaluiert. Neben der wissenschaftlichen Analyse erfolgt eine beratende Projektbegleitung. Das Evaluationsteam startete mit der retrospektiven Evaluation der Projektjahre 2016 und 2017 und evaluiert im Weiteren formativ. Zur ersten Evaluationsphase liegen bereits Ergebnisse vor.

Projektablauf Gesunde Südstadt

Die Gesunde Südstadt wird über die AOK Bayern im Rahmen des Programms „Gesunde Kommune“ gefördert und ist auf vier Jahre (01. Mai 2016 – 30. April 2020) festgelegt. Neben dem Bildungszentrum mit der Gesunden Südstadt ist das Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg seit Mai 2017 in vier weiteren Stadtteilen mit einem Projekt zur kommunalen Gesundheitsförderung aktiv. Gemeinsam leistet man einen Beitrag zu mehr gesundheitlicher Chancengleichheit in Nürnberg. ■

Kontakt

Verena Karl
Stadt Nürnberg
Bildungszentrum im Bildungscampus
verena.karl@stadt.nuernberg.de

„Vernetzt gesund“

Fachtag zur kommunalen Gesundheitsmoderation in Berlin

Prof. Dr. Raimund Geene von der Berlin School of Public Health, Dr. Ulrike Freundlieb, Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Gesundheit der Stadt Mannheim, Moderatorin Barbara Abbentheren und der Netzwerkberater Gerhard Meck bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Verwaltungshierarchie und Netzwerkarbeit: Widerspruch oder Synergie?“ im Rahmen des Fachtags im April 2018, © Bild: Béla Biank

Bei dem Projekt „Kommunale Gesundheitsmoderation“ handelt es sich um eine Qualifizierungsmaßnahme für Mitarbeiter*innen auf kommunaler Ebene. Als fertig ausgebildete Gesundheitsmoderator*innen können sie wichtige Vermittlungsfunktionen zwischen Fachdiensten bei gemeinsamen Planungen unter Einschluss von Betroffenen und Initiativen aus der Bevölkerung übernehmen.

Der Fachtag wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geförderten Projekts „Kommunale Gesundheitsmoderation IN FORM“ der Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (peb) in Kooperation mit dem Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet.

Dr. Karoline Schubert und Ulrike Leistner von der Gesunden Stadt Leipzig gestalteten dabei das Forum „Aus Fehlern lernen – Projekte auf Quartiersebene (weiter)entwickeln“. Fazit vom bundesweiten Koordinator des GSN, Dr. Hans Wolter, bei der Tagung: „Gesundheitsmoderation, um die Chance für Health in All Policies zu eröffnen, Partizipation, Gesundheitsberichterstattung und eine aktive kommunale Gesundheitspolitik, das wünschen wir als Gesunde Städte-Netzwerk und das fordern wir für die Zukunft“. ■

Weitere Informationen:
kgm.pebonline.de/workshops/fachtag-vernetzt-gesund/

Kontakt
Gesunde Städte-Sekretariat
gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de

Gesundheit inklusiv

Praxistipps aus Heidelberg

Im Herbst 2016 bekam die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) Rhein-Neckar/Heidelberg unter dem Motto „Mitreden! Mitentscheiden! Mitgestalten!“ neue Impulse. Moderiert durch die „Open Space“-Methode wurden neue Themenforen ins Leben gerufen. So auch die Arbeitsgruppe, welche sich seitdem mit der verbesserten „Zugänglichkeit ins Gesundheitssystem für Menschen mit Behinderung“ beschäftigt. In dieser sind Betroffene, die Selbsthilfe, ein Träger der Behindertenhilfe, die Kommunalen Behindertenbeauftragten sowie die Frühförderung vertreten.

In den ersten Monaten wurden insbesondere Materialien und bestehende Angeboten zum Thema gesichtet. Darauf aufbauend wurde ein Schwerpunkt für die zukünftige Arbeit festgelegt. Erfreulicherweise gelang bald ein fruchtbarer Austausch mit der Ärzteschaft. Diese zeigte sich an Praxistipps (im doppelten Wortsinn) sehr interessiert: Sie nahm Informationen über das Zuschussprogramm zum barrierefreien Umbau und das Beratungsangebot der Fachstelle barrierefreies Planen, Bauen, Wohnen der Stadt Heidelberg sowie Tipps zum Einsatz mobiler Rampen in ihren Rundbrief auf.

Die Hürden im Zugang zum Gesundheitswesen sind für behinderte Menschen sehr vielfältig und nicht nur baulicher Art („Barrierefreiheit“), sondern auch in der Art und Weise, wie in der Praxis auf eine Einschränkung eingegangen wird („Inklusion“). Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Patientin oder ein Patient eine Sinnesbeeinträchtigung hat, im Rollstuhl sitzt, an AIDS oder seelisch erkrankt ist. Wie auf die individuellen Bedürfnisse eingegangen wird oder ob sich jemand stigmatisiert fühlt, hängt von der Grundhaltung des Praxispersonals ab. Um hierfür zu sensibilisieren und Unsicherheiten abzubauen, hat die Arbeitsgruppe ein Faltblatt „Barrierefreier Praxisbesuch“ erstellt, welches über die Ärzteschaft an die Praxen verschickt wird. Als nächster Schritt soll eine Schulung für Medizinische Fachangestellte erarbeitet werden. Auch eine Vorstellung der Selbsthilfe bei einer Fortbildung der Ärzteschaft ist vereinbart.

Parallel ergab sich eine weitere erfolgsversprechende Zusammenarbeit innerhalb der KGK: Das Projekt „„Aktionsbündnis für sichere Arzneimittel im Alter“ (www.nimmsrichtig.de) stellt Informationen zum Thema zur Verfügung, die die Kommunale Behindertenbeauftragte in leichte Sprache übersetzen ließ. Mit Hilfe dieser gelingt es, auch Menschen mit Lernbehinderung, wenig Lesekompetenz oder wenig Deutschkenntnissen zu erreichen und diese wichtige Thematik näherzubringen.

Das Foto zeigt die AG „Zugänglichkeit ins Gesundheitssystem für Menschen mit Behinderung“ bei der Erarbeitung des Faltblattes © Bild: Stadt Heidelberg

Gesundheit – ob Gesundheitsversorgung oder -förderung – stellt sich als wichtiges Querschnittshandlungsfeld dar, um Inklusion zu verwirklichen. Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass „Menschen mit Behinderungen eine Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard erhalten wie andere Menschen“. Dieses Projekt liefert einen Beitrag dazu. ■

Kontakt
Christina Reiß
Kommunale Behindertenbeauftragte der Stadt Heidelberg
www.heidelberg.de/behindertenbeauftragte

Marzahn-Hellersdorf

Haus der Gesundheits-wirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft spielt im Bezirk eine wichtige Rolle. Dem tragen das Bezirksamt in Marzahn-Hellersdorf und das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) mit dem Bau eines „Hauses der Gesundheitswirtschaft“ Rechnung, das sich zu einem weiteren Leuchtturm für die Branche in der Region entwickeln soll.

Im Bezirk gibt es große Krankenhäuser, zahlreiche Gesundheitszentren und Pflegeunternehmen, Ausbildungseinrichtungen sowie Firmen, die sich mit Medizintechnik und anderen Produkten des Gesundheitswesens auf dem Markt profiliert haben. Mehr als 100 kleinere und mittelständische Unternehmen haben sich bisher in Marzahn-Hellersdorf angesiedelt oder wurden hier gegründet. „Heute ist die Gesundheitswirtschaft der größte Arbeitgeber in Marzahn-Hellersdorf. Jeder achte Einwohner unseres Bezirks ist in der Gesundheitsbranche beschäftigt“, umschreibt Wirtschaftsstadtrat Johannes Martin (CDU) die Bedeutung der Branche.

Das neue „Haus der Gesundheitswirtschaft“ am Blumberger Damm, am Rande des Geländes des Unfallkrankenhauses Berlin, wird die Relevanz dieses Wirtschaftszweiges für den Bezirk weiter stärken. Es soll als Anlaufpunkt für Einrichtungen und Unternehmen sowie als Informationszentrum dienen. Nach dem Baubeginn in diesem Sommer soll es Anfang 2020 fertig sein und in Betrieb genommen werden. Das von dem Architektenbüro Numrich Albrecht Klumpp entworfene futuristisch anmutende Gebäude wird auf zwei Etagen eine Nutzfläche von insgesamt rund 850 m² haben. Es umfasst etwa 20 Räume, die dann von unterschiedlichen Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft genutzt werden. Im Erdgeschoss wird es einen großzügigen Bereich geben, in dem Konferenzen durchgeführt werden können.

Ebenfalls im Erdgeschoss wird das Notfallsimulationszentrum des UKB angesiedelt sein, das derzeit noch direkt im Unfallkrankenhaus untergebracht ist. Es dient der Ausbildung und Fortbildung von Rettungssanitätern und Anästhesisten sowie von Berufsgruppen, die häufig mit Notfällen im Rahmen ihrer Arbeit konfrontiert sind. Das Obergeschoss werden sich der Pflegestützpunkt der AOK Nordost und des Landes Berlin sowie das „Smart Living Center“ teilen.

Das „Smart Living Center“ wird sicher weit über den Bezirk hinaus für Furore sorgen. Hier wird es konkrete Anregungen und Beratungen geben, wie ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen durch Umbaumaßnahmen und technische Hilfen weiter in den ihnen lieb gewordenen Wohnungen bleiben können. Zahlreiche Technik-Unternehmen werden vor Ort aktuelle und bezahlbare Installationsmöglichkeiten präsentieren. Gleichzeitig wird der Pflegestützpunkt, der von der AOK Nordost und dem Land Berlin gemeinsam betrieben wird, auf derselben Ebene einziehen. Damit wird in dem Haus der Gesundheitswirtschaft ein Platz geschaffen, der die Bürger/innen über das Thema altersgerechtes Wohnen und Leben informiert und berät. Aber das Haus steht auch für Initiativen der Bürger/innen zur Verfügung, um Veranstaltungen oder Treffen von Selbsthilfegruppen durchzuführen.

„Aufgrund der historischen Entwicklung ist Marzahn-Hellersdorf inzwischen ein Bezirk, in dem überdurchschnittlich viele ältere Menschen wohnen. Auch ihren Ansprüchen muss Rechnung getragen werden“, erklärt Bürgermeisterin Dagmar Pohle das Anliegen des „Smart Living Center“. ■

Harald Ritter

© Bild: Architekturbüro Numrich Albrecht Klumpp

Kontakt

Nadja Zivkovic
zivkovic@gesundheitswirtschaft-mh.de
www.gesundheitswirtschaft-mh.de

Bürger_Innen-Beteiligung Marburg

Die Universitätsstadt Marburg erarbeitet derzeit ein Konzept zur Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Es baut auf den vielfältigen Erfahrungen der Stadt mit Beteiligung auf. „Unser Ziel ist es, möglichst viele und möglichst unterschiedliche Menschen an stadtpolitischen Entscheidungen noch besser zu beteiligen. Bestehende Hürden wollen wir abbauen“, erklärt dazu Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies.

Als Teil dieses Prozesses wurde im Herbst 2017 eine stadtweite Befragung durchgeführt, an der mehr als 2.500 Einwohner/innen teilnahmen. „Die Umfrage ist ein Meinungsbarometer und gibt Aufschluss über die Einschätzungen und Wünsche der Marburgerinnen und Marburger zu stadtpolitischen Themen zwischen den Wahlen“, so Thomas Spies bei der Vorstellung der Ergebnisse (siehe Bild). Die Erarbeitung des Konzepts wird von der Koordinierungsstelle Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung der Stadtverwaltung organisiert.

Die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses ist im Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg (Prof. Dr. Ursula Birsl) angesiedelt. Sie erstellte für die Auftaktveranstaltung zum Prozess das hier abgebildete Schaubild. ■

Mehr Informationen:
www.marburg.de/beteiligung

© Bild: Patricia Grähling, Presseamt Stadt Marburg

Philipps-Universität Marburg | Institut für Politikwissenschaft | Projektgruppe Bürger_innen-Beteiligung | Kontakt: ursula.birsl@staff.uni-marburg.de

Bürger_innen-Beteiligung

bedeutet … demokratische Teilhabe der Stadtbevölkerung an einzelnen politischen Entscheidungen und Planungsprozessen

TRANSPARENZ

- von Möglichkeiten der Beteiligung
- von Entscheidungsprozessen
- durch Information und Öffentlichkeit
- durch Präsenz vor Ort und im Internet

MITBESTIMMUNG UND MITWIRKUNG

- an politischen Entscheidungen auf lokaler Ebene
- an von der Stadt gestarteten Projekten

EIGENINITIATIVE

- in Gruppen, Vereinen, Institutionen (z. B. lokale ehrenamtliche Vereine und Initiativen) stärken und fördern
- in Vorhaben zu aktuellen Themen ermöglichen

Säulenübergreifend zu berücksichtigen: Benachteiligung aufgrund des sozialen Status, des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, des Alters, einer Behinderung usw. entgegenarbeiten

Public Health und Schulgesundheit

Immer noch ist der zentrale Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit sowie zwischen Armut und Bildung in Deutschland eine beschämende Tatsache.

In Münster sind Gesundheitsplanung und Schulgesundheit seit rund zwei Jahren bei Dr. med. Axel Iseke vereint. Er ist als Kinder- und Jugendarzt seit 20 Jahren Schularzt der Stadt Münster und mit seiner Doppelqualifikation als Arzt für öffentliches Gesundheitswesen und Magister Public Health (MPH) seit zwei Jahren mit einer halben Stelle zuständig für Gesundheitsplanung und das Gesunde Städte-Netzwerk von Münster.

In seinem Artikel stellt er zwei neue Public-Health-Bausteine der „Gesunden Stadt Münster“ aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst vor.

Das Netzwerk Schulabsentismus „Du fehlst …“

Die Schulärztinnen und Schulärzte kennen über die Schuleingangsuntersuchungen alle Familien in der Kommune. Über die jährlich stattfindenden ärztlichen Schuleingangsuntersuchungen lassen sich sowohl besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen identifizieren als auch Quartiere sowie Kitas und Schulen beschreiben, die sich durch einen besonders hohen Anteil von Familien und Kindern in multiplen Belastungslagen auszeichnen. Diese Belastungslagen finden auch in den Kitas und Schulen einen Niederschlag durch einen erhöhten Krankenstand bei den Kindern, Schülerinnen und Schülern sowie durch vermehrte Fehlzeiten. Auch wenn ärztliche Atteste vorliegen, führen gehäufte Fehlzeiten häufig zu Problemen bei der schulischen Sozialisation der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Zudem stellen sich Lerndefizite ein, die in ihrer Summe den Schulabschluss in Frage stellen können. Um diesen Circulus vitiosus durchbrechen zu können, wurden im schulärztlichen Dienst der Stadt zwei neue Bausteine implementiert: Während sich das Netzwerk Schulabsentismus mit seinem Angebot an alle Schulen der Stadt richtet, wurden schulärztliche Systemsprechstunden vor allem in Stadtteilen eingerichtet, die aus der Datenlage der Schuleingangsuntersuchungen als besonders „belastet“ identifiziert wurden. Für

© Bilder: Gesundheitsamt Stadt Münster

die Messung dieses „Belastungsgrades“ wurde mithilfe epidemiologischer und statistischer Methoden ein Kompetenzindikator der Schulanfänger (KIDS-Indikator) entwickelt (nähere Informationen dazu unter iseke@stadt-muenster.de), mit dem sich belastete und weniger belastete Stadtbezirke identifizieren lassen.

Das Netzwerk „Du fehlst ...“ hat einen regelmäßig tagenden Arbeitskreis wesentlicher Ämter und Fachgruppen, die mit dem Phänomen von Schulabsenz in Kontakt kommen, hervorgebracht. Neben Vertretern der Schule und der Schulverwaltung sind das die öffentliche Jugendhilfe, die Schulpsychologie, der schulärztliche Dienst, die örtlichen Kinder- und Jugendärzte sowie Kinder- und Jugendpsychiater, die Psychotherapeuten und die Universitätskinderklinik und Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wesentlicher Kern des Netzwerkes ist die Selbstverpflichtung der Vernetzung und der regelmäßigen Fallberatungen. Die Erfahrung des Netzwerkes zeigt, dass viele Schulabsenzen mittlerweile früher erkannt und nachhaltiger gelöst werden können. Die Anzahl „teilnehmender“ Schulen steigt stetig.

Sprachlosigkeit im Kontext von Gesundheit und Krankheit aufheben: Die schulärztliche Systemsprechstunde

Unabhängig von Fehlzeiten stellen Belastungen des gesundheitlichen Wohlbefindens bei Schülerinnen und Schülern oder in deren Familien einen erheblichen Risikofaktor für ausbleibende schulische Erfolge dar. Die schulärztliche Systemsprechstunde in den Schulen ist ein Weg, um Sprachlosigkeit im Kontext von Gesundheit und Krankheit im „System Schule“ aufzuheben. Im Einverständnis mit den Sorgeberechtigten finden ab der Einschulung bis zur Schulentlassung in den beteiligten Schulen bedarfsgerecht Rücksprachen zwischen Schularzt und Schulleitung statt. Sobald sich im schulischen Alltag Anzeichen für einen besonderen Unterstützungsbedarf einzelner Schülerinnen und Schüler im pädagogischen, sozialen und/oder gesundheitlichen Wohlbefinden ergeben, werden diese Einzelfälle in der regelmäßig stattfindenden schulärztlichen Systemsprechstunde multiprofessionell beraten. Diese Beratungen sind anonym, bei Zustimmung der Eltern aber auch offen möglich.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die Erfahrungen der ersten Jahre sind außerordentlich ermutigend. Obwohl die Sprechstunden Personalressourcen verschiedener Beteiligter fordern, sind die jeweiligen Systeme in der Regel gerne dazu bereit, da die Wirksamkeit dieses Angebotes allen sehr deutlich wurde. Gerade bei frühzeitiger Beratung ist die Beteiligung der Eltern selten ein Problem. Selbst in verhärteten und langandauernden „Problemfällen“ gelingt es, neue Ansätze zu entdecken, da es in den Systemsprechstunden oft erstmals möglich ist, die Probleme gemeinsam zu erörtern. Parallel laufende Hilfesysteme können plötzlich einer integrierten Sichtweise und Lösungsfindung Platz machen.

Die aktive Einbeziehung zahlreicher professioneller Dienste und Angebote gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie die Vermittlung eines breiteren Verständnisses von Gesundheit ist ein partizipativer Ansatz, um die Möglichkeiten der Lebenswelt Schule nutzen zu können, um wirklich alle mitzunehmen. Ohne kommunale Planung und Unterstützung wäre das nicht möglich. ■

Kontakt
Dr. Axel Iseke
Gesundheitsamt Stadt Münster
iseke@stadt-muenster.de

Die Pflegeversorgung lokal sichern

Technisch innovatives Quartiersprojekt wird von der Stiftung Gesundheitsstadt Wiesbaden unterstützt

Der Pflegekräftemangel führt in immer mehr Sozialräumen zu einer Unterversorgung. Davon sind nicht nur ländliche Regionen betroffen, sondern auch städtische Vororte und Quartiere, wo man vergeblich ambulante Pflegedienste sucht. Auch andere Dienstleistungsstrukturen lassen sich nicht flächendeckend erhalten: Bankfilialen schließen, Bankautomaten werden abgebaut und der Metzger im Ort gibt auf.

Für ältere Menschen wird es durch diese Entwicklungen schwieriger, ihre Eigenständigkeit im eigenen Zuhause lange zu erhalten. Die Prognosen für fehlende Pflegekräfte werden das Problem zukünftig gravierender werden lassen. Neue Versorgungskonzepte sind erforderlich, damit die Bürger einer Stadt auch im Alter noch gut versorgt sind.

Die Stiftung Gesundheitsstadt Wiesbaden unterstützt deswegen in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, der EVIM Alten- und Behindertenhilfe sowie der Häuslichen Krankenpflege Thomas Rehbein ein Quartiersprojekt zum Aufbau innovativer Versorgungsstrukturen.

© Bild: Careview

Der Quartiersentwickler Careview koordiniert dabei die Vernetzung. Das Netzwerk wird unter dem Slogan „Bleib gesund und aktiv! Erhalte Deine Eigenständigkeit!“ über alle Lebensphasen als Präventionsnetzwerk positioniert. Wie lässt sich im Pflegefall unter den genannten Bedingungen eine hohe Versorgungssicherheit im Quartier erreichen? Dafür wird allen Bewohnern einer Nachbarschaft im Umkreis von 600 Metern um einen zentralen Betreuungsstützpunkt rund um die Uhr ein Pflegeteam zur Verfügung gestellt. Mit modernen AAL-Hausnotrufgeräten werden die Pflegewohnungen mit dem Pflegeteam und dem Stützpunkt verbunden, sodass alle Notfall- und Gefahrenlagen erkennbar sind. So kann in einem ambulanten Kontext eine annähernd stationäre Versorgungssicherheit erreicht werden.

Zusätzlich wird eine Quartiersplattform betrieben, welche alle Akteure eines Quartiers über eine Software vernetzt. Neben einer persönlichen Videotelefonie werden Personen aus der Ferne verwaltet, erhalten jeden Tag einen Tipp für einen aktiven Tag oder können direkt über die Plattform verschiedene Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Bestehende Angebote des Quartiers werden vernetzt, fehlende Angebote werden von angrenzenden Versorgungseinheiten ins Quartier gebracht. Während sich Ärzte, Apotheker, Pflegedienste und Therapeuten über die medizinische/pflegerische Versorgung abstimmen, beschäftigen sich die Sozialakteure wie Ehrenamtliche, Kirchen und Vereine damit, die soziale Teilhabe im Quartier zu erhöhen. Die Dienstleister stellen einen Marktplatz zur Verfügung, der sicherstellt, dass die Bedürfnisse der Zielgruppe bedient werden.

Die für ambulante Pflege typische Arbeitszeit im Auto wird weitgehend reduziert. Das Quartier bietet den Pflegerinnen und Betreuern ein Arbeitsumfeld, in dem sie selbst gestalten und eigenverantwortlich agieren sollen. Die Arbeitszufriedenheit durch bessere Entwicklungsperspektiven sowie mehr Zeit für sich und die Klienten kann zu einer längeren Berufszugehörigkeit führen, welche heute nur bei ca. acht Jahren liegt und auf einen deutlichen Verschleiß hinweist.

© Bild: Andrey Popov, adobe.stock.com

Die soziale Digitalisierung durch technische Assistenzsysteme, Quartiersplattformen, Telebetreuung und Telemedizin bietet für die Pflege große Chancen für ein zukunftsfähiges Erfolgskonzept. Städte und Gemeinden können diese Entwicklung mit Förderprojekten und hilfreichen Kontakten unterstützen. Ebenso bei der Genehmigung von Entlastungsleistungen und alltagsunterstützenden Angeboten haben die lokalen Institutionen neue Gestaltungsmöglichkeiten. ■

Kontakt
Ralf Jäger
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
r.jaeger@ein-gesundes-wiesbaden.de

Mit dem BaukastEN zur gesunden Kita

Niederschwellige Primärprävention im Ennepe-Ruhr-Kreis

© Bild: UVK/Ennepe-Ruhr-Kreis

Kitas sind als wichtige Lebenswelt in der Lage, eine gute Entwicklung und ein gesundes Aufwachsen von Kindern zu unterstützen. In NRW legt das Kinderbildungsgesetz (KiBiZ NRW) fest, dass jedes Kind Anspruch auf Bildung und Förderung seiner Persönlichkeit hat. Für die Verwirklichung dieser Ziele müssen in der frühen Kindheitsphase Grundsteine für eine gesunde körperliche, seelische und geistige Entwicklung gelegt werden. Die Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kitas soll immer unter Berücksichtigung des familiären Umfeldes erfolgen und sich stets am Wohl des Kindes orientieren.

Um diese Ideen mit Leben zu füllen, startete das Gesundheitsamt des Ennepe-Ruhr-Kreises bereits vor zehn Jahren zusammen mit zehn Kitas das Präventionsprogramm BaukastEN. Die Zusammenarbeit sollte zeitlich unbefristet und ohne Erfolgsdruck wachsen. Die Bedingung, dass jedes Angebot an seiner Alltagstauglichkeit gemessen wird, wurde als zentrale Norm postuliert. Das Prozessuale bekam daher eine stärkere Bedeutung gegenüber dem zu erzielenden Ergebnis.

Inzwischen haben sich 55 von knapp 180 Kitas angeschlossen. Kitas aus allen neun Kreisstädten sind trägerübergreifend an der Gestaltung beteiligt.

Wesentliches Ziel war die Entwicklung eines flexiblen und anpassungsfähigen Programms, das den zum Teil sehr unterschiedlichen Bedürfnissen in den Kitas Rechnung trägt. Zu berücksichtigen waren z. B. äußere Einflussfaktoren wie kulturelle, religiöse und familiäre Werte. Auch die verschiedenen Alterszusammensetzungen sowie räumliche und personelle Ressourcen sollten Beachtung finden. Jedes Modul hält verschiedene Angebote für die drei Zielgruppen Kita-Team, Kinder und Eltern bereit. Die pädagogischen Fachkräfte werden durch Selbstreflexion, Coaching oder Fortbildung darin unterstützt, selbstwirksam gesundheitsförderliche Strukturen zu schaffen.

Alle Kitas wurden jeweils schriftlich befragt. Dabei war von Interesse, zu welchen Themenfeldern Unterstützungsbedarfe bestehen und ob Zeit und Interesse an einer Kooperation mit dem Gesundheitsamt vorliegt. Die einzelnen Angebote wurden in zehn Kitas erprobt und von allen Akteuren bewertet. Es gelang allerdings nicht, eine Planungs- und Steuerungsgruppe zu bilden, welche das Kita-Team und die Eltern regelmäßig beteiligt. Um dieses Defizit einigermaßen auszugleichen, werden neu entwickelte Angebote mit einzelnen Kitas erprobt und nach Erfahrungen sowie Beurteilungen modifiziert.

Von der Pilotphase bis zum jetzigen Zeitpunkt konnte auf bereits vorhandenes Personal zurückgegriffen werden. Das multiprofessionelle BaukastEN-Team besteht aus Oecotrophologinnen, Sport- und Gymnastiklehrerinnen, Logopädinnen und (zahn-)ärztlichen Assistentinnen. ■

Kontakt

Andrea Zacher
Koordinatorin BaukastEN,
Fachbereich Soziales & Gesundheit
a.zacher@en-kreis.de

Module	Angebote (Auswahl)
Ernährung: Das tägliche Erleben von gesundem Essen und Trinken prägt die kindlichen Ernährungsgewohnheiten nachhaltig positiv.	■ „Frühstücks-Check“ ■ Konzeption/Elterninfo „FrühstückEN in unserer Kita“ ■ „Speiseplan-Check“ ■ Elterntreff „Immer Zirkus ums Essen“
Bewegung: Eine bewegungsfreudige Gestaltung des Alltags hilft, Spaß an der Bewegung zu vermitteln und ihre Entwicklung zu fördern.	■ Projektwochen „Klein aber fein“ ■ Projekt „Bewegter Adventskalender“ ■ Projekt „Susi Sauseflitz“ ■ Elterntreff „Das Beste für mein Kind“
Körperhygiene: Das täglich richtige Anwenden einfacher Hygieneregeln schützt vor vermeidbaren Infektionen.	■ Jährliche wechselnde Zahnputz-Kinderaktion ■ Handwasch-Kinderaktion „Die leuchtende Hand“ ■ Elterntreff „Kind krank – Vorbeugen leicht gemacht“
Sozial-emotionale Kompetenz: Die kindlichen Gefühle und der Umgang mit diesen entwickeln sich durch Lernen und Erfahren im täglichen Miteinander.	■ Kinderaktionen zu „Grundgefühle“, „Entspannung“, „Märchen“, „Ich bin ich“, „Richtig streiten“
Sicherheit: Einfache Sicherheitsmaßnahmen schützen Kinder vor Unfällen. Ein Sicherheitstraining hilft, frühzeitig ein Gefahrenbewusstsein zu entwickeln.	■ Projekt „Sicherheitswoche“ ■ Kinderaktionen zu den Themen: „Umgang mit Feuer“, „Umgang mit Hunden“, „Lärm“, „Sonne“, „Insekten“
Alltagsintegrierte Sprachförderung: Sprache ist der Schlüssel zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft sowie ein wichtiges Instrument, um eigene Gefühle, Bedürfnisse und Erlebnisse auszudrücken.	■ Teamschulungen zur alltagsintegrierten Sprachförderung (Language Route) ■ Elterntreff „Wie lernt mein Kind sprechen?“ ■ Pilot: Entwicklungsbeobachtung vor Ort mit Hilfe des DESK 3-6 inkl. Eltern- und ErzieherInnenberatung

Gesunde Städte-Nachrichten aus Kiel

Sozialbericht 2017 – Daten für Taten

Die Landeshauptstadt Kiel legt zum achten Mal einen Sozialbericht vor. Er orientiert sich thematisch an den Standards der Sozialberichterstattung und macht die vorliegenden kommunalen Sozialdaten transparent. Im Jahr 2017 lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Arbeit“. Ein besonderes Anliegen der Kieler Sozialberichterstattung ist es, räumliche Polarisierungen transparent zu machen, um so langfristig sozialen Ungleichheiten zu begegnen. Alle relevanten Sozialdaten werden jährlich zusammengefasst. Neben der Auswertung der Daten enthält der Sozialbericht auch aktuelle sozialpolitische Themen und je einen inhaltlichen Schwerpunkt. Der Sozialbericht 2018 wird im Sommer mit dem Schwerpunktthema „Gesundheit“ erscheinen.

Die Sozialberichte sind einsehbar unter:
www.kiel.de/de/gesundheit_soziales/sozialplanung_berichte_konferenzen/sozialbericht/sozialbericht_kiel.php

Kontakt

Landeshauptstadt Kiel
Referat des Stadtrats für Soziales, Gesundheit, Wohnen und Sport – Sozialplanung, Berichte, Strategisches Controlling
Lutz Richter: 0431 901-3085

Kieler Willkommensbuch

Vor zehn Jahren wurde der Kieler Willkommensordner für Eltern mit einem Neugeborenen aus der Taufe gehoben. Die kostenlose Ausgabe erfolgt in den Kieler Geburtskliniken. Im Jubiläumsjahr wird eine Neuauflage präsentiert, welche ein neues Konzept darstellt: Ein interaktives Buch, das viel Wissenswertes bietet, aber auch Raum für eigene Notizen und Bilder bereithält. Die Idee zur Neukonzeptionierung kam aus dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Amtes für Gesundheit der Landeshauptstadt Kiel. Ein erster Entwurf wurde durch Informationen und Hinweise des Zahnärztlichen Dienstes und der Stabsstelle Gesundheitsförderung ergänzt. Es werden Antworten auf viele Fragen, die den Familienzuwachs und die neue familiäre Situation betreffen, gegeben. Außerdem enthalten sind Tipps, Informationen, Spielideen, Checklisten zu den jeweiligen Lebensmonaten, Adressen und Telefonnummern für die unterschiedlichsten Anliegen. Das Willkommensbuch enthält neben einer Kinderzahnbürste unter anderem Gutscheine, die in den Elternberatungsstellen eingelöst werden können. Die Beratung dort wird künftig ergänzt durch ein Beratungsangebot des Zahnärztlichen Dienstes, der einmal im Monat in einigen Elternberatungsstellen zu Gast sein wird. Das Willkommensbuch wird unter anderem durch die Techniker Krankenkasse und die Förde Sparkasse unterstützt.
www.kiel.de/willkommensbuch

Kontakt

Landeshauptstadt Kiel, Amt für Gesundheit
Dr. Angelika Hergeröder: 0431 901-4494
Frank Sick: 0431 901-4401
Hendrik Waldmann: 0431 901-2112

Schwimmkampagne: Auf Bronzekurs!

Ziel der Schwimmkampagne ist, dass Kinder sicher schwimmen können und bis zum Abschluss des 5. Schuljahres das Bronzeabzeichen ablegen. Schwimmen ist Bewegung und ein Sport, der Spaß bringt und bei dem neue Freundschaften entstehen können. Gleichzeitig wird die Sicherheit im Wasser erhöht. Schwimmen ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für Wassersportarten wie Segeln und Paddeln. Kinder, die an der Schwimmkampagne vom 01. September 2017 bis 30. Juni 2018 teilnehmen und das Bronzeabzeichen im Schwimmunterricht oder in der Freizeit erreichen, erhalten als Anerkennung ein T-Shirt und werden zum Bronzefest im neuen Sport- und Freizeitbad an der Hörn im Juli 2018 eingeladen. Die Bronzeschwimmerinnen und -schwimmer dürfen zum Fest eine Freundin oder einen Freund mitbringen.

Mehr Informationen zu Schwimmkursen und der Kampagne gibt es unter: www.kiel.de/schwimmen ■

Kontakt
Kieler Bäder GmbH
Anja Reimann: 0431 260404-14

25 Jahre Selbsthilfekontaktstelle KIBIS in Kiel – ein Grund zum Feiern

Die Selbsthilfekontaktstelle KIBIS-Kiel hat sich in 25 Jahren von einem kleinen Projekt zu einer festen Institution entwickelt. „In einem Modellprojekt des Landes Schleswig-Holstein wurden 1992 einige Kontaktstellen für Selbsthilfe gegründet", erzählt Bärbel Langmaack, die seit 21 Jahren bei KIBIS mitarbeitet. Als das Projekt nach zwei Jahren „flügge" wurde, hat der Verein zur Förderung des Gesundheitswesens die Trägerschaft übernommen. Er betreut verschiedene Maßnahmen im psychosozialen Bereich. „Zunächst hatten wir nur ein Büro, doch dann kamen vier Gruppenräume hinzu", so Langmaack. Inzwischen gibt es in Kiel über 150 Selbsthilfegruppen von ADHS bis Zöliakie. Im letzten Jahr wurden zehn Gruppen neu gegründet, unter anderem eine für Histamin-Unverträglichkeit und eine Selbsthilfegruppe für junge Frauen mit einer Essstörung. Bei der Jubiläumsveranstaltung war übrigens neben der Ansprache des Kieler Stadtpräsidenten Hans-Werner Tovar die Wortwerkerin „HannaH Rau" mit ihrem Poetry-Slam "Selbsthilfegruppe für Leute im Schlamm" Star des Abends. ■

Kontakt
Selbsthilfekontaktstelle KIBIS-Kiel
Brigitte Harbering: 0431 672727

© Bilder: Stadt Kiel

„Von Amts(-arzt) wegen“ Informationen per E-Mail

Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss setzt auf eigenen Newsletter

Gesundheitsförderung und Prävention – diese beiden Themen lassen sich am ehesten durch konkrete Maßnahmen anstreben, umsetzen und evaluieren. Hierbei vergisst man jedoch häufig die in diesen Bereichen ebenso wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Strategien, Projekte und Aktionen sollen schließlich auch publik gemacht und in die Fläche gebracht werden.

Aus Sicht des Gesundheitsamtes des Rhein-Kreises Neuss gibt es eine im öffentlichen Dienst bislang absolut unterschätzte Möglichkeit, der Bevölkerung wichtige Informationen zur Gesundheit zu vermitteln.

Ein Instrument, welches sich hierzu nämlich hervorragend eignet, ist ein sogenannter Newsletter, das heißt eine regelmäßig übermittelte, elektronische Post.

Diese hat gegenüber herkömmlichen Printmedien zudem den Charme, Papier-, Druck-, Porto- und Transportkosten einzusparen.

Das regelmäßige Informieren der Bevölkerung über unterschiedliche gesundheitsrelevante Themen ist zumindest als Vorstufe der auch fachlich wünschenswerten Partizipation zu betrachten. Die regelmäßig erfolgende Darstellung von Gesundheitsproblemen und regionalen Handlungsmöglichkeiten sowie Empfehlungen ermöglichen den unterschiedlichen Zielgruppen einen wichtigen Überblick über Themen des ÖGD und der Gesundheitsförderung.

Das Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss hat vor neun Jahren einen entsprechenden Newsletter ins Leben gerufen. Anlass war der Wunsch der Teilnehmer der hiesigen Gesundheitskonferenz, regelmäßig gesundheitspolitische Informationen zu erhalten. Diese wurden über ein einfaches PDF-Dokument monatlich per E-Mail verbreitet. Seitdem sind einige konzeptionelle und auch inhaltliche Änderungen dieser elektronischen Post vorgenommen worden. Parallel hierzu ist der Abonnentenkreis angewachsen.

Rein technisch bedient sich das Gesundheitsamt inzwischen einer sehr komfortablen elektronischen Plattform, welche eine integrierbare Anmeldungsfunktion vorhält und dafür sorgt, dass die Nachrichten und dazugehörigen Fotos in einem ansprechenden Layout übermittelt werden. Darüber hinaus leistet das nunmehr kostenpflichtige System eine exakte Datenanalyse. So lässt sich sowohl die Anzahl der tatsächlich gelesenen Newsletter als auch die Nutzungsfrequenz der im Dokument aufgeführten Links

festhalten. Wichtige Komponenten wie die Einrichtung eines Impressums und die Integration einer Stornierungsfunktion sind problemlos einfügbar. Rechtliche Aspekte werden hierdurch ebenso berücksichtigt.

Der Newsletter des Gesundheitsamtes erreicht inzwischen 1.069 Abonnenten, wobei er von rund 35% tatsächlich gelesen wird. Dies mag auf den ersten Blick überraschend sein, entspricht aber in Benchmarkingsystemen absolut der üblichen Akzeptanzquote. Neben Veranstaltungen und Aktivitäten aus dem Gesundheitsbereich fließen in den Newsletter aktuelle Pressemitteilungen des Gesundheitsamtes sowie Veröffentlichungen anderer Institutionen ein. Krankenhäuser, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen wissen inzwischen die kostenlose PR-Arbeit zu schätzen und bringen umgekehrt wieder weitere Bezieher ein. Alle Meldungen sollten maximal zehn Sätze umfassen. Seit einigen Monaten bereichert die „Von Amts(-arzt) wegen“ überschriebene Glosse des Leiters des Gesundheitsamtes die Textzusammenstellung. Hierbei wird in humorvoller Art und Weise auf einen monatlichen Gesundheitstag abgehoben.

Für die Erstellung des Newsletters ist im Gesundheitsamt eine pressetechnisch erfahrene Mitarbeiterin abgestellt, die in der Woche zwei bis drei Stunden investiert, um eingereichte Artikel zu redigieren oder auch Abonnenten zu gewinnen. Nicht zuletzt aufgrund des – behördlicherseits eher ungewöhnlichen – Instrumentes eines Newsletters kann ein Gesundheitsamt mit Sicherheit an Reputation gewinnen.

Der Newsletter des Gesundheitsamtes des Rheinkreises Neuss ist zu beziehen über www.rhein-kreis-neuss.de/newsletter-gesundheit. ■

Kontakt
Dr. Michael Dörr
Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss
Auf der Schanze 1, 41515 Grevenbroich

© Bild: Natali Mis, Getty Images

Neues Kompetenzzentrum:

Leipzig bietet Unterstützung und Beratung für integrierte kommunale Strategien

Seit Januar 2018 gibt es im Gesunde Städte-Netzwerk ein siebtes Kompetenzzentrum. Betrieben wird es von der Messestadt Leipzig, welche mit ihrer Expertise für integrierte kommunale Strategien anerkannt wurde.

Gesundheit als kommunale Querschnittsaufgabe zu verankern, ist eine Herausforderung, vor der alle Mitgliedskommunen des Gesunde Städte-Netzwerkes stehen. Die Umsetzung von Health in All Policies ist kein einfacher Lernprozess. Er hängt von sehr verschiedenen strukturellen und personellen Gegebenheiten vor Ort ab. Insofern gibt es kein allgemeingültiges „Rezept mit Gelingensgarantie“. Jede Stadt bzw. jeder Landkreis muss den eigenen „Weg nach Rom“ finden.

Das Leipziger Kompetenzzentrum für integrierte kommunale Strategien möchte anderen „Gesunden Städten“ dafür Unterstützung und fachliche Beratung anbieten, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Sensibilisierung zu einem gemeinsamen Gesundheitsverständnis in der Kommune
- Entwicklung einer ressortübergreifenden Gesundheitsförderungspolitik unter zielgerichteter Nutzung von Synergien und Ausbau von Schnittstellen
- Gestaltung von Partnerprozessen
- Strategische Verknüpfung gesundheitsförderlicher Unterstützungsstrukturen auf kommunaler und Stadtteilebene
- Umsetzung eines Verfügungsfonds Gesundheit und Hinweise zur weiteren Fördermittelakquise

Nachdem die Stadt Leipzig 2011 dem Gesunde Städte-Netzwerk beigetreten ist, wurde in Zusammenarbeit mit vielen lokalen Akteuren ein gemeinsames Grundverständnis für das Leipziger Netzwerk erarbeitet. Dabei entstanden acht zielführende Leitlinien (vgl. www.leipzig.de/gesunde-stadt). Gefördert wird seitdem insbesondere der fachliche Austausch zu den drei thematischen Schwerpunkten Gesundheitliche Chancengerechtigkeit, Gesundheitsförderliche Umwelt und Gesundheitliche Versorgung in entsprechenden Arbeitsgruppen. Eine jährlich stattfindende Tagung der lokalen Akteure ist ein weiterer wichtiger „Vernetzungsbaustein“; sie dient der Fokussierung auf ein spezielles Thema. So stand z. B. 2017 „Erwerbslosigkeit und Gesundheit“ und damit vor allem auch die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Leipzig auf der Agenda.

Von 2012 bis 2017 wurde im Rahmen eines zweistufigen Modellprojektes in Kooperation mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig sowie der AOK PLUS die „Koordinierungsstelle kommunale Gesundheit“ als neues Strukturelement geschaffen und schrittweise als Personalstelle am Gesundheitsamt verankert. Gleichzeitig konnte der Koordinierungskreis „Gesundes Leipzig“ als ein ressortübergreifendes kommunales Steuerungsgremium etabliert werden. Das Gremium setzt sich aus Funktionsträgern verschiedener Fachämter der Stadtverwaltung, den Stadtratsfraktionen, Krankenkassen, Hochschulen und weiteren kommunal tätigen Akteuren (z. B. Stadtsportbund, Jobcenter, Landesamt für Schule und Bildung) zusammen. Hier werden wichtige strategische Zielsetzungen festgelegt, die es in gemeinsam organisierten Maßnahmen umzusetzen gilt.

Das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030“ (INSEK) fußt auf demografischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen und einer Vielzahl vorhandener

Einzelplanungen. Diese werden zur ganzheitlichen Entwicklungsstrategie für die Stadt Leipzig gebündelt. Da Gesundheit in (fast) allen der elf Fachkonzepte implizit oder explizit enthalten ist, wurde diese als sogenannte „fachübergreifende Herausforderung“ in Form eines Querschnittsthemas aufgenommen.

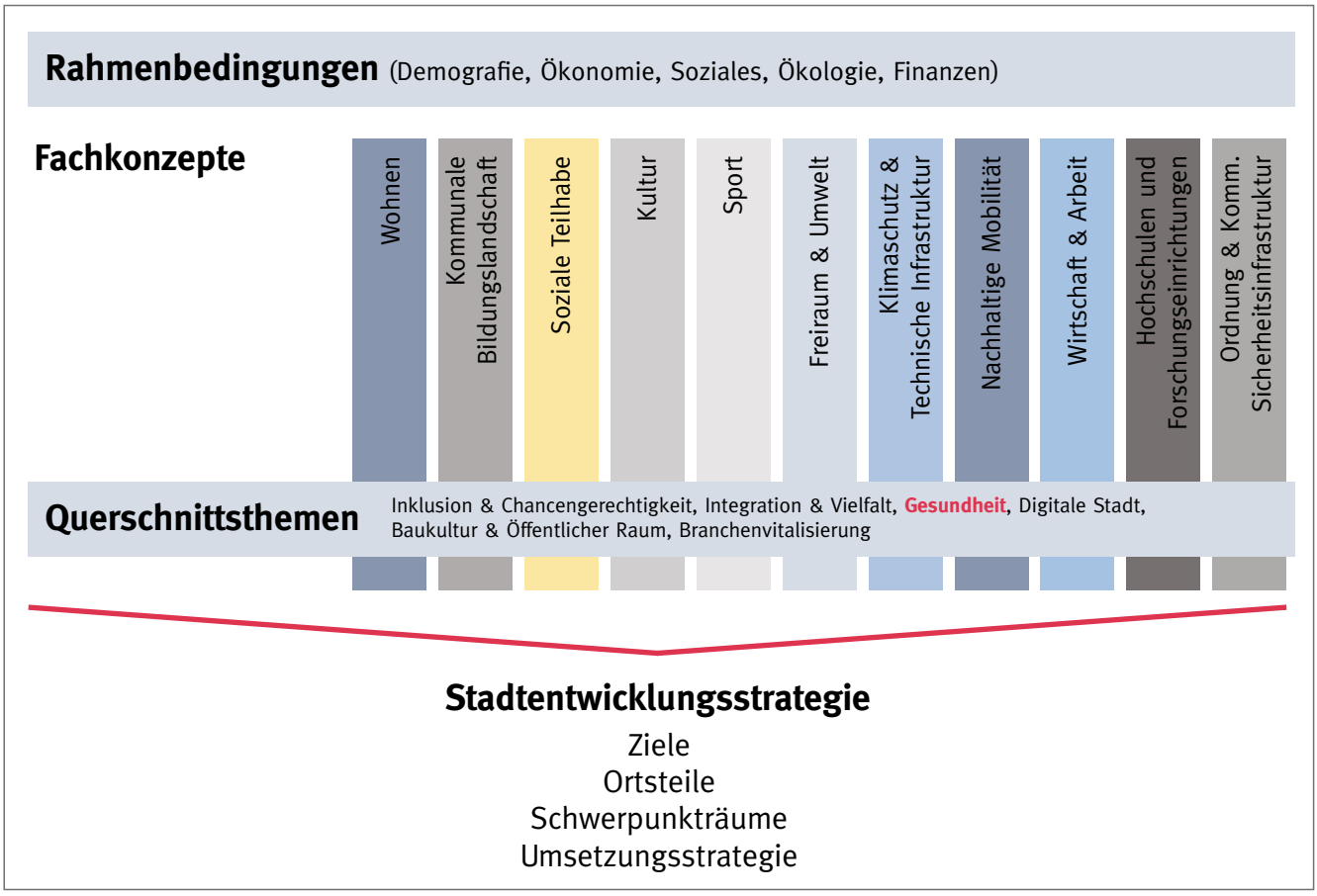
Im INSEK werden auch Schwerpunktgebiete der Stadtteilentwicklung definiert, die sich durch einen hohen sozioökonomischen Handlungsbedarf auszeichnen. Um Gesundheit vor Ort zu fördern, werden auf Stadtteilebene themenspezifische Netzwerke vom Gesundheitsamt – i. d. R. in Kooperation mit dem Quartiersmanagement – initiiert und begleitet. Über diese neuen, kleinteiligen Strukturen werden lokale Bedarfe bottom-up eruiert und in beteiligungsorientierten Maßnahmen umgesetzt. Für die Finanzierung dieser Mikroprojekte gelang es, einen Verfügungsfonds Gesundheit (derzeit finanziert von AOK PLUS, Ikk classic, BARMER, KKH, KNAPPSCHAFT, TK) in kommunaler Verantwortung zu schaffen. Der Fonds unterstützt Aktivitäten im Bereich Bewegung, Ernährung, Sucht und Training sozio-emotionaler Kompetenzen. Damit jene Projekte dem „GKV-Leitfaden Prävention“ entsprechen, werden die lokalen Akteure durch die Koordinierungsstelle Kommunale Gesundheit beraten und qualifiziert.

Leipzig hat nach gut sieben Jahren Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk seinen Weg gefunden. Gern unterstützen wir Sie dabei, IHREN eigenen kommunalen Weg zu finden. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!

Carmen Kluge / Karoline Schubert

Kontakt
Karoline Schubert
karoline.schubert@leipzig.de

Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2030 (INSEK)



© Stadt Leipzig, INSEK

Kompetenzzentrum Köln für Gesundheit im Alter

Wir ziehen Bilanz!

2012 wurde Köln vom Gesunde Städte-Netzwerk als Kompetenzzentrum „Gesundheit im Alter“ anerkannt. Schwerpunkt des Kompetenzzentrums ist die Erhaltung der körperlichen und geistigen Aktivität im Alter. Doch was hat sich seitdem getan?

In der Millionenstadt Köln liegt der Anteil an Personen ab 60 Jahren bei fast einem Viertel. Jeder fünfte in dieser Altersgruppe ist 80 Jahre oder älter. Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl alter und hilfsbedürftiger Menschen sieht das Kompetenzzentrum die Gesundheitsförderung älterer Menschen als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe, welche eine interdisziplinäre, multiprofessionelle und sektorenübergreifende Strategie erfordert. Unter dem Leitgedanken „gesund & mobil im Alter“ wird das Ziel verfolgt, die Gesundheit, Selbstständigkeit und Selbstverantwortung im Alter zu erhalten und zu fördern.

Die Gesamtstrategie „gesund & mobil im Alter“ ist strukturell auf vier Ebenen verankert: im Gesundheitsamt, im Sozialraum, in der Stadt Köln sowie auf Bundesebene. 2016 wurde diese von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit dem ersten Platz in der Teilnehmergruppe der kreisfreien Städte ausgezeichnet. Der Preis wurde mit großer Freude entgegengenommen.

Zahlreiche Projekte, Veranstaltungen, Workshops sowie Fortbildungen wurden in den vergangenen Jahren organisiert und durchgeführt. Im Folgenden werden die aktuellsten Beispiele thematisiert.

Anlässlich des Welt-Alzheimertages fand im September 2017 der Flashmob „Generationen bewegen“ in der Schildergasse statt. Bei strahlendem Sonnenschein und warmen Herbsttemperaturen tanzten „Jung und Alt“ zu Oldies aus den 70ern, Karnevalsliedern oder Hip-Hop-Musik. Ob tänzerisches Battle zwischen den Generationen, klassischer Wiener Walzer oder die Polonaise – jeder konnte sich einbringen. Durch diese Aktion wurde auf die Wichtigkeit von körperlicher und geistiger Bewegung

Tanzaktion bei den Aktionstagen „gesund & mobil im Alter“ (März 2018), © Bild: L. Schneider-Benjamin

Flashmob 2018, Köln, © Bild: Susanne Wesselmann

im Alter aufmerksam gemacht und ein Zeichen gesetzt: Begegnen – Bewegen – Berühren – „Es ist nie zu spät!“.

Die Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ fanden im März 2018 erstmals in Kooperation mit dem Kölner Vorsorge-Tag statt. Über 50 Aussteller informierten die Seniorinnen und Senioren an Beratungsständen über die breite Angebotspalette zum selbstbestimmten, aktiven und gesunden Älterwerden. Auf dem Programm standen über 50 Fachvorträge zu vielfältigen Themen wie „Gedächtnistraining“, „Männergesundheit“ und „Vorsorgevollmachten“. Aber auch Mitmachaktionen wie Singen und Tanzen wurden gerne besucht und zauberten Begeisterung und Freude in die Gesichter. Neben den Seniorinnen und Senioren fanden auch Schülerinnen und Schüler aus therapeutischen Ausbildungsberufen den Weg in den Gürzenich (Veranstaltungsort). Insgesamt besuchten über 2.500 Interessierte die Veranstaltung.

Das kontinuierlich laufende Angebot „fit für 100“ ist ein wohnortnahes Trainingsprogramm für Kölner Seniorinnen und Senioren, welches vom Deutschen Institut für angewandte Sportgerontologie e. V. der Deutschen Sporthochschule Köln entwickelt und über das Gesundheitsamt der Stadt Köln mit Unterstützung der Seniorenvertretung und vieler anderer Akteure „verbreitet“ wurde. Das gezielte Bewegungsprogramm steigert die Kraft- und Gleichgewichtsfähigkeit und trägt auf diese Weise zur Prävention von Stürzen bei. Bereits in 16 Kölner Stadtteilen wurden „fit für 100“-Gruppen eingerichtet. Auch über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus wird das Konzept durch engagierte Trainerinnen und Trainer angeboten.

Rundgänge mit Tiefgang, welche partizipativ mit engagierten Seniorinnen und Senioren, der Seniorenvertretung und Interessierten erstellt werden, erfreuen sich zudem großer Beliebtheit. Die Stadtteilrundgänge durch Köln sind eigens dafür entwickelt worden, das eigene Veedel neu zu erleben und zu entdecken. Die Broschüren führen zu Sehenswürdigkeiten, Besonderheiten und Eigentümlichkeiten, bringen Körper und Geist in Schwung und können von „Jung und Alt“ genutzt werden – gerne auch von jungen Eltern.

Mit all diesen partizipativen, nachhaltigen und generationsübergreifenden Projekten stärkt das Gesundheitsamt der Stadt Köln die Gesundheitskompetenz älterer Menschen. Die nächsten Jahre können also kommen. ■

Kontakt

Gesundheitsamt der Stadt Köln
Anne Kreische
gesund-im-alter@stadt-koeln.de

Stadt Herne stellt ihr Kompetenzzentrum neu auf

Die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) hat in Herne Tradition. Bereits seit 1989 lädt sie verschiedene Akteure zum Austausch ein. Ein Jahr später trat die kreisfreie Ruhrgebietsstadt dem Gesunde Städte-Netzwerk als neues Mitglied bei. Die Konferenz hat sich seitdem zu einem unverzichtbaren Instrument der Kommunalen Gesundheitsförderung und -planung entwickelt und erfüllt seit 2002 als „Kompetenzzentrum Gesundheitskonferenz" ein wichtiges Qualitätsmerkmal im Rahmen des bundesweiten Netzwerks. Die langjährigen Herner Erfahrungen mit der Planung und Durchführung von Gesundheitskonferenzen werden anderen interessierten Mitgliedskommunen zur Verfügung gestellt.

Das Bundespräventionsgesetz sowie die Entwicklung einer gesamtstädtischen Präventionsstrategie für Herne waren Anlass, die 28-jährige Erfolgsgeschichte der KGK in modifizierter Form fortzuführen. Neu ist nicht nur, dass die Prävention ein wichtiger Bestandteil der Konferenz ist. Neben dem geänderten Namen Kommunale Präventions- und Gesundheitskonferenz (KPGK) gibt es auch eine neue Geschäftsordnung, die in der ersten Sitzung im Juli 2017 verabschiedet wurde.

Getagt wird ab sofort zwei Mal im Jahr, um eine entsprechende Kontinuität und Nachhaltigkeit zu gewährleisten sowie aktuelle (gesundheitspolitische) Entwicklungen

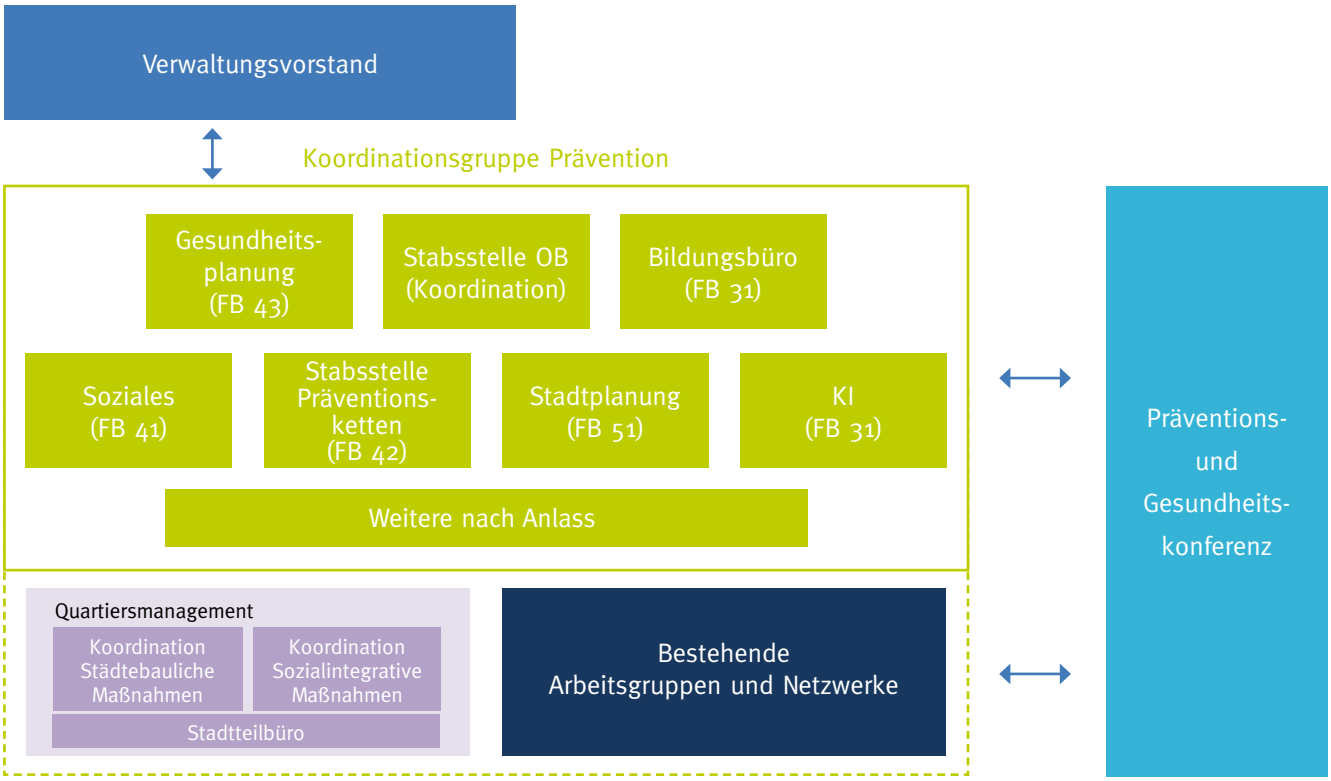


Abbildung 1: Einbettung der KPGK in die Steuerungsstruktur der Stadt Herne, © Stadt Herne, gesamtstädtische Präventionsstrategie

© Bild: Frank Dieper, Stadt Herne

flexibel aufnehmen und bearbeiten zu können. Im Rahmen der KPGK arbeiten gesundheits- und präventionsrelevante Akteure zusammen, um gemeinsam die Lebensqualität aller Herner Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Übergeordnete Aufgabe der KPGK ist es, eine Grundlage zu schaffen, damit Menschen auch in Zukunft gesund in Herne leben können. Neben der Vernetzung des Gesundheits- und Sozialwesens dient die KPGK auch als Plattform, um Netzwerke zu Vertreterinnen und Vertretern beispielsweise aus dem Planungs- und Umweltbereich aufzubauen und zu verstetigen.

Die KPGK ist interdisziplinär, wenn möglich auf Leitungsebene besetzt. Eingeladen wird ein fester Personenkreis – die zweistündigen Veranstaltungen sind somit nicht mehr öffentlich. Für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind weitere Formate in Planung. Die KPGK ist ein wichtiger Teil des kontinuierlichen Kommunikations- und Gestaltungsprozesses zur Verbesserung der Versorgungssituation und der Lebensqualität in allen Lebensphasen. Eine aktive Beteiligungsstruktur ist eine essenzielle Voraussetzung für den Erfolg dieses Prozesses.

Schwerpunktthemen werden in temporär eingerichteten Projektgruppen bearbeitet, die bei Bedarf über die KPGK hinaus benötigte Expertise hinzuziehen und den aktuellen Stand eines Themas darstellen, Ziele formulieren sowie Handlungsempfehlungen vorbereiten. Damit erfolgt eine thematisch und zeitlich begrenzte Aktivierung des jeweiligen Versorgungsfeldes und lokalen Fachwissens. Eine strukturierte Evaluation der Umsetzung der verabschiedeten Empfehlungen befindet sich ebenfalls in Planung. Eine Verknüpfung von Gesundheitsberichterstattung und KPGK gehört genauso zum Selbstverständnis der Neuausrichtung wie auch die Einbettung in ein angestrebtes stadtweites Präventionsmonitoring.

Um Doppelstrukturen zu vermeiden, wird die KPGK als „strategische Planungsgruppe“ in die gesamtstädtische Präventionsstrategie integriert und dient als Verbindungsglied zwischen relevanten Fachbereichen auf der einen und verwaltungsexternen Akteuren auf der anderen Seite (Abbildung 1).

Fazit: Die spezielle Kompetenz Hernes liegt in der methodischen Umsetzung eines Qualitätskonzeptes der KPGK, das sich weiterhin gezielt an den Intentionen der Ottawa-Charta und des 9-Punkte-Programms des Gesunde Städte-Netzwerks orientiert. Die Zusammenarbeit und Vernetzung der lokalen Akteure erfolgt unter Beachtung von Konsensfindung, Offenheit, Transparenz und Diskussionsbereitschaft, was Teilnehmerkreis, Zugang und Rederecht betrifft. ■

Kontakt

Dr. Katrin Linthorst
Stadt Herne, Fachbereich Gesundheit
Abt. Gesundheitsförderung und -planung
katrin.linthorst@herne.de

Lisa Binse
Geschäftsstelle der Kommunalen Präventions- und Gesundheitskonferenz Herne
lisa.binse@herne.de

Die Gesundheit spielt für jeden Menschen eine zentrale Rolle. Dass auch die Kommune in diesem Punkt ganz entscheidend helfen und positiv Einfluss nehmen kann, dafür steht die Gesunde Stadt Marburg, welche auf Initiative des Marburger Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies im März 2016 ins Leben gerufen wurde. Im April 2017 ist die Universitätsstadt Marburg dem Gesunden Städte-Netzwerk beigetreten und möchte hierüber einen gezielten Austausch und einen Netzwerkaufbau mit den zahlreichen anderen Kommunen fördern.

Neu dabei im
Gesunde Städte-Netzwerk
Universitätsstadt Marburg

In Marburg wird es nicht nur als Aufgabe der Bundes- und Landespolitik gesehen, mit Gesetzen die Voraussetzungen für Infrastruktur zu schaffen. Letztendlich entscheidet es sich vor Ort, wie die Gesundheit der Menschen gefördert, gesichert oder wiederhergestellt wird. Die „Gesunde Stadt“ ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die sich mit Hilfe von unterschiedlichen Maßnahmen immer selbstverständlicher in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger integriert. Dazu gehören Präventionsangebote, verbesserte Versorgungsstrukturen, Veranstaltungsreihen vor Ort und das Mitdenken von Gesundheitsbelangen in allen Lebensbereichen.

Zu den Gesunde Stadt-Aktionen zählen die „3.000 Schritte mit dem Oberbürgermeister“ – als Kopplung von mehr Bewegung und Kontakt. Hier haben die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt die Möglichkeit, sich bei einem Spaziergang in ihrem Stadtteil oder ihrer Gemeinde mit dem Oberbürgermeister über aktuelle Themen vor Ort auszutauschen und sich dabei gemeinsam zu bewegen.

Bewohnerinnen und Bewohner des Waldtals nutzten die gesunde Aktion „3.000 Schritte mit dem Oberbürgermeister“, © Bild: Universitätsstadt Marburg, i. A. Heiko Krause

Die Gesundheitstage in den Stadtteilen Marburgs mit Schwerpunktthemen haben bereits Tradition und werden unter anderem mit Migrantenvereinen unter dem Motto „Gesunde Menschen, gesunde Stadt“ umgesetzt. In den städtischen Kindergärten wird das Thema Gesundheit seit Jahren systematisch ausgebaut. Es wird dafür gesorgt, dass vor Ort mit regionalen Lebensmitteln gekocht wird und die Kinder aktiv miteinbezogen werden. Zur Stärkung der Selbsthilfeinitiativen fand am 7. April 2018 der erste Selbsthilfetag in Marburg zum Thema „Selbsthilfe im Wandel“ statt.

Selbstverständlich soll vom Programm „Gesunde Stadt“ ganz Marburg profitieren. Damit das gelingt, hat Oberbürgermeister Spies mit dem Landkreis die Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ auf den Weg gebracht. „Wir wollen Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen. Barrierefrei und unabhängig von sozialem oder kulturellem Hintergrund“, betonte er im Rahmen der ersten Präventionskonferenz, die gleichzeitig der öffentliche Auftakt der Initiative war. Inzwischen sind aus dieser Initiative drei lebensphasenbezogene Arbeitskreise entstanden, in denen Gesundheitsziele entwickelt werden. Eine Versorgungskonferenz in 2017 drehte sich um das Thema Versorgung bei Demenz.

Weitere Informationen: www.marburg.de/gesundestadt

Kontakt

Universitätsstadt Marburg
Koordinierungsstelle „Gesunde Stadt Marburg“
Susanne Hofmann, Rahel Häcker
gesund@marburg-stadt.de

Landkreis Wittenberg
ist neu dabei im Gesunde Städte-Netzwerk

Wörlitzer Park und Schloss, © Bild: Landkreis Wittenberg

Der Landkreis Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, an der Landesgrenze zu Sachsen und Brandenburg, nur eine Autostunde entfernt von der Bundeshauptstadt Berlin und der Messestadt Leipzig. Der Sitz der Kreisverwaltung und weiterer Behörden befindet sich in der Lutherstadt Wittenberg. Im 1.930 km² umfassenden Kreisgebiet leben etwa 130.000 Einwohner. Zum Landkreis gehören die Städte Annaburg, Bad Schmiedeberg, Coswig (Anhalt), Gräfenhainichen, Jessen (Elster), Kemberg, Oranienbaum-Wörlitz, die Lutherstadt Wittenberg und Zahna-Elster. Mit knapp 50.000 Einwohnern ist die Kreisstadt die größte Gemeinde. Die Landschaft wird im nördlichen Teil von den waldreichen Höhenzügen des Flämings geprägt. Die Elbe durchfließt auf fast 100 Kilometern eine naturnahe Auenlandschaft. Die Dübener Heide im Süden des Landkreises ist das größte zusammenhängende Waldgebiet Mitteldeutschlands.

Durch die Reformation, die vor 500 Jahren von Wittenberg ausging, und die UNESCO-Welterbestätte „Dessau-Wörlitzer Gartenreich“ ist der Landkreis international bekannt. Prävention und Gesundheitsförderung werden im Landkreis Wittenberg seit Langem großgeschrieben. Im Gesundheitsforum des Landkreises treffen sich regelmäßig Akteure aus dem gesamten Gesundheitsbereich, um sich auszutauschen und zu vernetzen. Zahlreiche Selbsthilfegruppen sind über ein Forum und die Selbsthilfekontaktstelle verknüpft. Das Gesundheitsamt wurde bereits mehrfach für Präventionsaktivitäten ausgezeichnet, etwa für seine langjährige Impfkampagne in weiterführenden Schulen oder Gesundheitsmaßnahmen in Senioreneinrichtungen. Lebendige Netzwerke für Kinderschutz, Frühe Hilfen, Psychisch Kranke aber auch zur Bekämpfung von Multiresistenten Erregern sind etabliert. Jedes Jahr wird ein umfangreicher Gesundheitsbericht erstellt, insbesondere mit Informationen zur Kindergesundheit, Infektions- und Umwelthygiene und der Situation psychisch kranker Menschen. Daraus werden im Sinne von „Daten für Taten“ regelmäßig gesundheitsfördernde Maßnahmen abgeleitet, zuletzt beispielsweise das Angebot von ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen von vierjährigen Kindern in Kindertagesstätten.

Der demographische Wandel mit der Folge einer zunehmend älteren Bevölkerung, steigende Kinderzahlen und die anhaltende Migrationsbewegung erhöhen die Anzahl vulnerabler Menschen und stellen damit nicht nur in unserem Landkreis bleibende Herausforderungen für das Gesundheitssystem dar. Der Kreistag des Landkreises Wittenberg hat deshalb beschlossen, dem Gesunde Städte-Netzwerk beizutreten und möchte insbesondere vom gegenseitigen Erfahrungsaustausch mit anderen Mitgliedskommunen profitieren. ■

Kontakt

Claudia Fiedler (für die Initiativen)
Kontaktstelle der Selbsthilfegruppen, sozialen Vereine und Initiativen
claudia.fiedler@wittenberg.de

Dr. med. Michael Hable (für die Kommune)
Landkreis Wittenberg, Fachdienst Gesundheit
gesundheitsamt@landkreis-wittenberg.de

Hintergrundbild: Wittenberger Marktplatz, © Bild: Landkreis Wittenberg

Bad Bergzabern
neues Mitglied des Gesunde Städte-Netzwerkes

Die Stadt Bad Bergzabern freut sich über die Aufnahme in das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik. Der entsprechende Beschluss, aus dem hervorgeht, dass der Stadtrat die Umsetzung des „9-Punkte-Programms“ diskutiert und angenommen hat, bildet die Grundlage für eine neue Ära. Die Stadt soll nachhaltig und bewusst zu einem Ort der Gesundheit werden, der nicht nur für Besucher der Stadt attraktiv ist, sondern auch die Entwicklung lokaler Lebensräume der Bürger als die wesentlichen Umsetzungsebenen für Gesundheitsförderung und Prävention fördert.

Die Stadt Bad Bergzabern versteht Gesundheitsförderung als gesellschaftspolitische Aufgabe, welche in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen, der Stadtentwicklung, aus Umwelt- und Wohnungswirtschaft sowie mit Initiativen, Projekten und Selbsthilfebewegungen verfolgt werden soll.

In alle Entwicklungsprozesse der Stadt waren und sind permanent interessierte und engagierte Bürger eingebunden. Sowohl die Belange der Senioren als auch der Jugend werden entsprechend vertreten und in das Handeln aufgenommen. Vereine und bürgerschaftliche Initiativen unterstützen die Arbeit zur Entwicklung des Gesundheitsstandorts. Neben Kliniken, Ärzten und Gesundheitspraxen gibt es viele private Initiativen, welche sich mit der Konzeption und Umsetzung von Gesundheitsangeboten in der Stadt beschäftigen. Der Rückgang im Einzelhandelsbesatz soll nach den jüngsten Initiativen im Zentrumsmanagement durch Angebote aus dem Gesundheitssektor zumindest teilweise aufgefangen werden.

Namen wie der des Kräuter- und Wasserdoktors Jacob Theodor, Tabernae Montanus, Hieronymus Bock, Eduard Tischberger und schließlich Pfarrer Sebastian Kneipp haben unsere Stadt geprägt. Sie haben die Grundlagen für den heutigen heilklimatischen Kurort und das Staatsbad Bad Bergzabern gelegt. Frühzeitig wurden die vier W‘s – Wein, Wasser, Wald und Wohlfühlatmosphäre – als Grundlage für den gesundheitlichen Stellenwert der Stadt erkannt und zum Markenzeichen entwickelt. Auch die Nähe zum Elsass ist ein Punkt, der in Zeiten des einigen Europas eine wichtige Rolle spielt. Die Ziele von Pfarrer Kneipp wurden in unserer Stadt frühzeitig verstanden:

1. Förderung der Gesundheitsbildung in der Bevölkerung
2. Unterstützung und Verbreitung der Gesundheitsvorsorge und des Gesundheitssports
3. Förderung der Gesundheitserziehung der Kinder, Jugendlichen und der älteren Menschen
4. Förderung des Umweltschutzes und Umweltbewusstseins in der Bevölkerung

Mit dem Gesundheitsreformgesetz der gesetzlichen Krankenkassen, womit Gesundheitsförderung und Prävention in den Vordergrund treten, wurde auch deutlich, dass unsere Stadt entsprechend der Tourismusstrategie 2015 des Landes einer neuen Ausrichtung bzw. Akzentuierung

© Bild: Tourist-Information Bad Bergzaberner Land

bedarf. Der runde Tisch „Gesundheitstourismus“ wurde ins Leben gerufen. 2016 wurde ein Entwicklungskonzept für den Kurort, in welchem die Platzierung des Themas „Gesundheit“ als wichtiges Leitmotiv in der Stadt festgelegt wurde, fertiggestellt.

Das Stadtentwicklungskonzept für die Innenstadt und den Kurbereich stellt neben dem Erhalt des historischen Ambientes die Förderung von gesundheitsorientierten Maßnahmen in den Fokus. Dies schlägt sich auch im Stadtleitbild nieder: „Bad Bergzabern – Mein Schatz, Kurstädtchen mit Lebensfreude, zum Genießen und Gesunden, mit heilklimatischer Luft und gesundem Wasser“. Aufgrund der langen Kurtradition hat sich Bad Bergzabern bereits seit langer Zeit der Förderung der Gesundheit verpflichtet. Die Stadt ist stolz darauf, nun auch mit neuen Zielen ein Teil der Gesunden Städte-Bewegung der WHO zu sein. ■

Kontakt

Dr. med. Fred-Holger Ludwig
Stadtbürgermeister
Königstraße 61, 76887 Bad Bergzabern, Tel.: 06343 701-600

Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

Gute Gründe für Ihren Beitritt

Wofür steht das Gesunde Städte-Netzwerk?

Bürgerbeteiligung und die unvoreingenommene Einbeziehung aller Gesundheitsakteure, von Verbänden, Vereinen und Dienstleistern – auch dort, wo sie nebeneinander oder in Teilen gegeneinander agieren – sind Qualitätsmerkmale der Netzwerkarbeit. Getragen wird diese Haltung durch das Selbstverständnis der beteiligten Kommunen, lobbyfrei und zielorientiert für die Gesundheit und Wohlfahrt ihrer Bürgerinnen und Bürger zu wirken. Gesundheit geht alle an, sie darf nicht in Hierarchien, Gremien oder Konkurrenzen stecken bleiben.

Das Gesunde Städte-Netzwerk zeichnet aus, dass es allen Initiativen und Kräften vor Ort, denen Lebensqualität, soziales Dasein, Alters- und Umweltgerechtigkeit wichtig sind, auf Bundesebene eine authentische und von Verbandsvorgaben freie und ungefilterte Stimme geben kann. Die Städte, Kreise und Gemeinden werden so zum Sprachrohr für eine lebensweltliche Gesundheitsförderung, so wie sie sich im Ergebnis gut gemeinter Gesetze im Alltag tatsächlich abspielt.

Was bringt der Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk?

Mit dem Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland sind die folgenden Fachdienste und kontinuierlichen Serviceleistungen verbunden:

- Teilhabe am Internetauftritt der Mitglieder, Multiplizierung der Potenziale und Positionen jeder einzelnen Kommune
- Bezug der „Gesunde Städte-Nachrichten“, mit Praxisberichten aus engagierten Kommunen ›

- Organisation jährlicher Fachveranstaltungen zur kommunalen Gesundheitspolitik, zu guter Praxis der Gesundheitsförderung und zur Primärprävention, zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung
- Informelle Beratung auf Netzwerkbasis zur Vermeidung unüberwindlicher Stolpersteine vor Ort
- Wissenstransfers bei Modellprojekten, hinsichtlich Ergebnisse, Evaluation und Finanzierung
- Direkter Fachsupport durch ausgewiesene, anerkannte GSN-Kompetenzzentren
- Verbindungsknoten zu Verbänden, Vereinen, Fach- und Dienststellen im Bund; Begleitinformation zu überregionalen Kongressen, Fachtagungen und Fortbildungen
- Fachaustausch im regionalen Verbund (Regionale Gesundheitsförderung)
- Ansehensplus in den gesundheits- und sozialorientierten Fachwelten, Ansprechpartner u. a. für Krankenkassen, Hochschulen, Stiftungen.

Diese übersichtliche Kurzdarstellung des Gesunde Städte-Netzwerks kann als Information und Werbung für die Mitgliedschaft eingesetzt werden.

Exemplare können kostenfrei im Gesunde Städte-Sekretariat angefordert werden: gesunde.staedte-sekretariat@stadt-frankfurt.de

„Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben."

aus: Charta der WHO, Ottawa 1986

Was ist zu tun?

Voraussetzung der Mitgliedschaft ist ein förmlicher Beitrittsbeschluss des Rates der Gemeinde, der Stadtverordnetenversammlung oder des Kreistages.

Der Beitritt enthält den Willen und die Selbstverpflichtung,

- gesamtstrategische Ansätze zur Gesundheitsförderung in der eigenen Kommune zu entwickeln
- die koordinierenden Funktionen der Verwaltung dafür zu stärken und eine verantwortliche Person für die Arbeit im Gesunde Städte-Netzwerk zu benennen
- die Partizipation der Initiativen, Selbsthilfegruppen und -organisationen an gesundheitsförderlichen Konzepten, Plänen und Umsetzungsstrategien zuzulassen
- dabei Dienstleister, freie Träger, Fachverbände, Vereine, Institutionen, Krankenversicherungen und Stadtteilinitiativen gleichberechtigt einzubeziehen
- auf die Gesundheitsverträglichkeit bei kommunalpolitischen Entscheidungen zu achten
- am jährlichen Erfahrungsaustausch der Mitgliedsstädte und Regionen teilzunehmen
- in Abständen von vier Jahren über die eigene Entwicklung zu berichten
- Modellprojekte der Gesundheitsförderung und Prävention auf den Weg zu bringen
- dauerhafte Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen für die Gesundheit im Alltag zu schaffen.

Welche Verpflichtungen gibt es noch?

Zum Ausgleich der Serviceleistungen und kontinuierlichen Fachdienste wird eine Dienstleistungspauschale erhoben.

© Bild: Christoph Boeckheler

„Der Mensch ist, was er isst“ - für lokale Ernährungspolitik

Nach Ernährungsräten in Berlin und Köln, die sich 2016 gründeten, gibt es Ernährungsräte inzwischen in Frankfurt am Main, Dresden, Oldenburg und im Saarland sowie in Oberösterreich, Zürich und Südtirol. Viele weitere stehen in Gründung. Ende 2017 fand der erste Kongress der lokalen Ernährungsräte statt, die ein bundesweites Netzwerk gründeten.

Getragen werden die Initiativen und Netzwerke von Überzeugungen, die in den letzten Jahren gewachsen sind: Lebensmittel, die gemeinschaftlich und regional erzeugt werden, helfen nicht nur der Gesundheit, dem Umweltschutz und der lokalen Wirtschaft, sondern fördern das Miteinander der Menschen in den Städten – auch über kulturelle, ethnische oder andere Grenzen hinweg.

Unser Foto zeigt Frankfurter Schülerinnen und Schüler, die im Frühjahr 2018 für gesundes und wohlschmeckendes Essen in ihrer Schulkantine und einen regionalen Küchenbetrieb demonstrieren. ■

Dr. Hans Wolter

Weitere Informationen

www.ernaehrungsraete.de/ernaehrungsraete-in-deutschland-oesterreich/

www.bzfe.de/inhalt/ernaehrungsraete-machen-schule-6960.html

Machen Sie mit im Gesunde Städte-Netzwerk!

Symposium des Gesunde Städte-Netzwerks 2017 in Hamburg, © Bild: Freie und Hansestadt Hamburg, BGV (Fotograf: Jens Hannewald)

Gute Gründe für Ihren Beitritt finden Sie auf Seite 45.

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland